Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 147. **Donnerstag, den 27. Juni 1907.** **14. Jahrg.**

Hierzu eine Beilage.

Die Waffengattung des Geldsacks.

Offiziere der zwei größten deutschen Bundesstaaten haben in der letzten Zeit nicht rühmliches Aufsehen erregt. In München spielten bei einem Wucherprozeß bayrische Kavallerieoffiziere eine traurige Rolle und aus Hannover lief die Kunde ein, daß dort der Kaiser über jeuende (spielende) Offiziere, die zum Reitinstitut kommandiert waren, ein gründliches Strafgericht gehalten hat.

Wir wollen die Offiziere, die in beiden Fällen in Betracht kommen, gewiß nicht weißwaschen, aber die Gerechtigkeit erfordert auch, daß die Schuld, die der Staat selbst an derartigen Zuständen trägt, an das Tageslicht gezogen wird.

Der Staat hat nämlich gründlich dafür gesorgt, daß die Kavallerie als die Waffengattung der reichen Leute gilt. Er begeht hier die zweifellose Unmoralität, daß er von Männern für Dienste, die sie zu seinen Gunsten zu leisten haben, pekuniäre Auslagen fordert, die auch nicht entfernt mit dem im Einklang stehen, was er ihnen bezahlt. Ein Kavallerieleutnant bezieht z. B. je nach der Garnison eine Gage von 1600—1900 Mark. Dabei wird von ihm verlangt, daß er sich mindestens ein sehr gutes Reitpferd hält und sich kostspielige Uniformen kauft. Wenn ein Kavallerieleutnant ein Reitpferd erstehen will, das auch das Wohlgefallen seiner Vorgesetzten erregt, so muß er mindestens 1400 Mark ausgeben. Eine einzige Galauniform eines Husarenoffiziers inklusive Pferdeausrüstung kommt auf mindestens 500 Mark zu stehen. Unter 350 Mark ist selbst die relativ bescheidene Galaausrüstung eines Dragoneroffiziers und seines Pferdes nicht zu beschaffen. Rechnet man die Ausgaben für die übrigen Uniformen hinzu, so ergibt sich, daß ein Kavallerieleutnant für seine Kleidung ähnliche Ausgaben hat wie ein putzsüchtiges Weib.

Allerdings ist ein Unterschied vorhanden: Einer eitlen Frau befiehlt niemand, daß sie ihre Kleiderschränke vollstopft, ein Kavallerieoffizier aber muß große Summen für Bekleidung, Ausrüstung und Pferde aufwenden. Täte er es nicht, würde er nicht stets in eleganten Uniformen erscheinen, würde er nicht sehr gute Pferde besitzen, so bekäme er sehr bald deutliche Winke. Wären sie vergeblich, so ergriffe man gegen ihn „andere Maßregeln“. Soviel uns bekannt ist, wird den Kavallerieoffizieren sogar eine besondere Bemerkung darüber in die Qualifikation geschrieben, ob sie gut beritten sind.

Ferner erwachsen den Kavallerieoffizieren nicht selten große Ausgaben durch die Versetzung in andere Regimenter, die anders uniformiert sind, als das Regiment, in dem sie bisher gedient hatten. Wird z. B. ein Husarenoffizier in ein Dragoner- oder in ein Ulanen-Regiment versetzt, so kann er seine bisherigen Röcke, Hosen, Reitstiefel und Kopfbedeckungen einfach zum Trödler schicken, weil er sie in seinem neuen Regiment nicht mehr gebrauchen kann. Zugleich muß er die weggegebenen Uniformstücke durch vollkommen neue ersetzen. Die ganze Affäre bedeutet für den Offizier eine Einbuße von mindestens 1600 Mark.

Auf diese Weise wird der Kavallerieoffizier vom Staat selbst zu so großen Ausgaben gezwungen, daß mit gutem Gewissen nur sehr wohlhabende junge Leute die Laufbahn des Reiteroffiziers einschlagen können. Sind weniger gut situierte Eltern so albern, ihren Sohn Kavallerieoffizier werden zu lassen, so erleben sie sehr oft unangenehme Dinge. Wie schnell solche Kavallerieoffiziere die Kasse ihrer Eltern erschöpfen, weiß nur derjenige, der hier Studien aus nächster Nähe gemacht hat. So mancher, der seine militärische Laufbahn als „schneidiger“ Ulanen- oder Husarenavantageur begann, ist froh, wenn sein Geld eines Tages wenigstens noch zum Trainleutnant genügt.

Durch die großen pekuniären Ansprüche, die der Staat an den Kavallerieoffizier stellt, erzieht er ihn direkt dazu, daß er das Geld für einen Pfifferling hält. Er verleitet ihn förmlich zur Annahme der Manieren reicher Leute, auch wenn der Offizier die dazu nötigen Mittel nicht entfernt besitzt. Und so kommt neben anderen kostspieligen Passionen auch der Hang zum Hasardieren in die Kavallerieoffizierkorps.

Fragt man nun nach den Gründen, die den Staat dazu bestimmen, den Kavallerieoffizieren so große Ausgaben aufzuhalsen, so ist nicht ein einziger vernünftiger zu entdecken. Die Oberleutnants und Leutnants der Kavallerie, die sehr häufig einen Luxus in Pferden entfalten, benötigen teure Pferde im Dienste überhaupt nicht. Sie reiten hier in der Abteilung und daher brauchen ihre Pferde um kein Haar mehr zu leisten als die Pferde der Mannschaften. Ebenso ist es, wenn die Herren Patrouillenführer sind. Hier können sie auch nicht auf eigene Faust im Lande herumgaloppieren, sondern müssen sich nach der Geschwindigkeit der Pferde ihrer Begleitmannschaften richten. Wie überflüssig es gerade vom dienstlichen Standpunkt aus ist, wenn Kavallerieoffiziere sich kostspielige Pferde halten, geht aus der Existenz der sog. Chargenpferde hervor. Die Chargenpferde, die den Kavallerieoffizieren vom Staate geliefert werden, sind von der nämlichen Herkunft wie die Mannschaftspferde. Auf diesen Pferden versehen die Kavallerieoffiziere ihren Dienst ebenso wie auf ihren eignen.

Was nun den Luxus an Uniformen anbelangt, der den Kavallerieoffizieren zugemutet wird, so ist es selbstverständlich, daß hier ein gedankenloses Verlangen vorliegt. Allerdings ist es richtig, daß Kavallerieregimenter verschiedenartig uniformiert sein müssen, damit die Reiter ihre Abteilungen, die bei Attacken gewöhnlich völlig durcheinander geraten, schnell finden können. Dies kann aber auch durch sehr einfache und billige Mittel erreicht werden, zum Beispiel durch verschiedene Farben der Aufschläge, der Reithosen, der Lanzen usw. Die teuren Galauniformen der Kürassier-, Husaren- und Ulanenoffiziere haben gerade für den Krieg keinen Zweck, weil sie in den Krieg überhaupt nicht — mitgenommen werden.

Wir glauben jetzt nachgewiesen zu haben, daß die der Reiterei vom Staate selbst zugewiesene Stellung einer Waffengattung für Reiche nicht notwendig ist. Würde man den Oberleutnants und Leutnants der Kavallerie nicht zumuten, daß sie sich selbst Pferde kaufen und Tausende für Uniformen ausgeben, so würde man sie auch nicht indirekt zu den Gewohnheiten der Reichen verführen. Wer von einem jungen Manne verlangt, daß er sich teure Pferde hält und teure Kleider trägt, darf sich nicht wundern, wenn dieser junge Mann auch auf andern Gebieten das Geld in leichtsinniger Weise hinausfeuert und daher auch das Jeu liebt.

Die freilich in allen „zivilisierten“ Staaten beliebte Gewohnheit, die Kavallerie-Offiziere zum Protzentum zu zwingen, ist, nebenbei bemerkt, auch ungeheuer einfältig, weil dadurch talentierten armen Offizieren der Zugang zur Reiterei versperrt wird. Ein armer Offizier kann alle Eigenschaften, die ein genialer Reiterführer braucht, im reichsten Maße besitzen und wird trotzdem niemals ein Reitergeneral werden, weil er von vornherein wegen Geldmangels für die Kavallerie untauglich ist. Die Folgen dieser Verhältnisse lehrt die Kriegsgeschichte: Hervorragende Kavalleriesführer sind sehr selten.

Daß mit der Rolle der Reiterei als Waffe des Geldsacks aufgeräumt wird, liegt auch im Interesse des Volkes. Wie soll denn ein Offizier seinen Dienst ordentlich verrichten, wenn er die ganze Nacht am Spieltisch gesessen und dabei große Summen verloren hat? Entweder wird er sich um den Dienst nicht kümmern und den Unteroffizieren alles überlassen, oder er wird infolge seiner Sorgen und seiner abgespannten Nerven die Mannschaften hart behandeln.

R. K.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Nationalliberale Wahlreformpläne. Das preußische Dreiklassenwahlsystem findet jetzt sogar die sanfte Mißbilligung einzelner Nationalliberaler. Aber was sie an dessen Stelle setzen möchten — das Hamburger System der Proportionalwahl mit „Kontingentierung“ der Opposition durch verschleiertes Pluralstimmrecht — ist gewiß nicht viel besser. Die „Köln. Ztg.“ teilt mit: Im nationalliberalen Verein zu Steglitz sprach in voriger Woche dessen Vorsitzender Dr. Hugo Böttger über das preußische Landtagswahlrecht. Er bemängelte dabei die Wahlkreiseinteilung und den plutokratischen Charakter des preußischen Landtagswahlrechtes. Als dritten Fehler bezeichnete er die indirekte und Terminwahl; die Ausdehnung des allgemeinen, direkten und geheimen Reichstagswahlrechts auf den Landtag aber sei eine Utopie. Das Abgeordnetenhaus würde bei Anwendung des Reichstagswahlrechts auf seine Zusammensetzung etwa 125 Sozialdemokraten, 89 Zentrumsmänner, 99 Konservative und 96 Liberale, darunter 52 Nationalliberale, zählen. Alsdann legte der Redner die Vorteile und Nachteile der einzelnen Vorschläge zu einer Reform des Landtagswahlrechts dar, insbesondere verbreitete er sich über das Pluralwahlrecht und die Verhältniswahl. Für die letztere Art der Wahl, die sich im Freistaate Hamburg und bei den Wahlen zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht bewährt habe, trat der Vortragende für seine Person ein. Er bedauerte, daß auf die Anregungen der nationalliberalen Partei zur Reform des Landtagswahlrechts nicht eingegangen worden sei. — Nach dem Plane des Herrn Böttger würde im preußischen Abgeordnetenhause eine Machtverschiebung insofern eintreten, als die konservative Partei Sitze verlieren, die Liberalen aber solche gewinnen würden. Das könnte zwar in Einzelfällen allzu großer Dreistigkeit der Junker Schranken setzen; aber eine Wendung der Gesamtpolitik würde es nicht bringen. Die preußische Reaktion bliebe dasselbe, was sie bisher war, eine auf dem ganzen Reiche lastende, finstere, ertötende Macht.

Ein Mitternachtstoast des Herrn v. Moltke. Die „Königsb. Hartungsche Zeitung“ widmet dem Oberpräsidenten v. Moltke, der jetzt Minister des Innern werden wird, einen sympathischen Nachruf, in dem sie einen Trinkspruch auffrischt, den Herr v. Moltke bei dem Festmahl der Hundertjahrfeier des Armenstifts der jungen Kaufmannschaft in vorgerückter Stunde gehalten hat.

„Es ist eine späte Stunde, und ich bin überrascht über das freundliche Echo, das die nicht verdienten Worte des Generalkonsuls Meyer auf mich gefunden haben. In der späten Stunde fangen die Begriffe an, sich sehr nahe zu werden. Der eine spricht von Selbsthilfe, der andere von Selbstverwaltung, er schlägt das Lexikon nach und findet doch das Wort nicht, das auf den Verein paßt, nämlich die Selbstlosigkeit. Wieder ein anderer sucht nach Worten und findet nur die Menschlichkeit, nicht aber das Wort, das uns Christen am nächsten liegt, die Nächstenliebe. Nächstenliebe und Selbstlosigkeit sind doch das Fundament, das uns alle hier verbindet. Lassen Sie mich jetzt aber auf das Allgemeine eingehen, das uns hier verbindet, nämlich die Kaufmannschaft. Wir stehen auf volkswirtschaftlichem und politischem Gebiete weit hinter England und Amerika zurück, wo fast in jedem Manne ein Kaufmann steckt. Wir brauchen es, wir haben auch das Zeug dazu, denn unser Handel, man gehe nur ins Ausland, genießt die größte Achtung in der ganzen Welt. Den kaufmännischen Geist, den wirtschaftlichen Sinn möchte ich allen unseren Staatsbürgern wünschen, namentlich unserer Landwirtschaft, die vom Kaufmann lernen kann. (Lebhafter Beifall.) Und wer einen Sohn hat, der nicht Kaufmann werden soll, sondern den er auf die Universität schickt, damit er Verwaltungsbeamter werden soll, der schicke ihn, wie ich es mit meinem einzigen Sohne gemacht habe, zuerst zum Bankier. Darin liegt unsere wirtschaftliche Stärke, und ich trinke aus vollem Herzen auf das Wohl der deutschen Kaufmannschaft.“

In ähnlicher Weise ist schon oft über den Wert des Kaufmanns gesprochen worden; auch von preußischen Ministern. Sogar der „Minister gegen den Handel“, Herr Möller, hat etwas Derartiges wiederholt gesagt. Leider hat die agrarische Politik all diese schönen Worte immer wieder zu nichte gemacht. Meist werden solche schönen Reden „in später Stunde“ gehalten, wo die Begriffe anfangen, „sich sehr nahe zu werden“. Damit hat's denn auch zumeist ein Ende.

Schöne Aussichten. Folgende Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ darf man wohl als Programm der neuen Ära auffassen. Das offiziöse Blatt schreibt:

„Beachtung verdienen die Vorgänge in der Gewerkschaftsbewegung, die ein neuerliches starkes Anschwellen der sozialdemokratischen Hochflut und eine ungezähmte Kraft der Offensive gegenüber dem Unternehmertum aufweist. . . Die sozialdemokratischen Gewerkschaften begnügten sich immer weniger mit Not- und Erwerbsstreiks, sondern gingen immer schärfer zur wirtschaftlichen Offensive durch Luxus- und Machtstreiks über, die nicht eine Besserung der Arbeitsbedingungen selber, sondern die Geltendmachung formaler Rechte, eine Art von Herrenstandpunkt der Arbeiter den Unternehmern gegenüber, zum Gegenstand hatten. Gerade diese Streiks, die besonders die Anerkennung der sozialdemokratischen Organisation seitens der Arbeitgeber zum Mittelpunkt hatten, sind in letzter Zeit immer häufiger geworden, die Beunruhigung nicht um materielle, jedem Arbeiter ohne weiteres verständliche Interessen, sondern lediglich zur Befriedigung eines gewissen Machtkitzels hat infolge der Agitation gewerbsmäßiger Schürer und Hetzer ständig zugenommen. . . .“

Ähnliche Äußerungen über die Arbeiterbewegung fanden wir in den letzten Tagen in anderen konservativen Blättern. Es mag auch ausdrücklich erwähnt sein, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ den obigen Satz in einem Artikel brachte, der von dem Ministerwechsel handelt. Sind das die leitenden Grundsätze für das neue Reichs-Vereins- und Versammlungsrecht? Für die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine? Für die Sicherung des Koalitionsrechts? Oder für welche Reform überhaupt, die die Freisinnigen vom konservativ-liberalen Paarungszeitalter erwarten.

Die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ist, wie verlautet, zurzeit Gegenstand von Beratungen der preußischen und Reichsbehörden. Die Frage dürfte voraussichtlich so geregelt werden, daß ein Reichsgesetz betr. Versicherung der betreffenden Arbeiterkategorien zur Ausführung gelangt, die Durchführung dieses Gesetzes aber den Bundesstaaten durch Landesgesetz überlassen wird. Das ist ganz gewiß wieder eine Konzession an die ostelbischen Junker.

Freisinn und gleiches Wahlrecht. Im Chemnitzer Stadtverordnetenkollegium hatten unsere Genossen

die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes gefordert anstelle des jetzigen Berufswahlunrechts, das der Arbeiterschaft nur neun Sitze gibt. Die gesamten bürgerlichen Stadtväter stimmten gegen die sozialdemokratische Forderung, darunter auch die freisinnigen Kollegiumsmitglieder. Der eine dieser wackeren Freisinnsmannen sang sogar ein Loblied auf das Berufswahlrecht. Der Mann ist Vorstandsmitglied der entschieden freisinnigen Organisation in Chemnitz. Weiter kann schließlich die politische Verwahrlosung des Freisinns nicht mehr getrieben werden.

Landtagswahl in Ludwigshafen. Bei der am Dienstag in Ludwigshafen vollzogenen Ersatzwahl zum bayerischen Landtage, die durch die Doppelwahl des Genossen Ehrhardt notwendig geworden war, ist Genosse Huber gegen den Liberalen Gollwitzer gewählt worden.

Ein Gespenst. Das Gespenst des seligen Nationalvereins ist aus dem Grabe gestiegen und geht um. Der erste Nationalverein wurde 1859 unter der Präsidentschaft des hannoverschen Liberalen v. Bennigsen gegründet. Er war der Ausdruck der Klasseninteressen der deutschen Bourgeoisie, die über den Partikularismus der Kleinstaaten hinweg nach einem einheitlichen kapitalistischen Produktionsfeld strebten, und verlangte deshalb eine starke Zentralgewalt mit einem deutschen Parlament und einer preußischen Spitze. Die radikaleren wie die gemäßigten Vorkämpfer des deutschen Bürgertums wollte er unter seiner Fahne vereinigen und hatte alles in allem seine historische Berechtigung, wenn auch seine Ziele nicht durch seine Arbeit, sondern durch die Junkerpolitik Bismarcks 1867 und 1871 durchgesetzt wurden. Der zweite Deutsche Nationalverein ist ein unverfälschtes Erzeugnis der konservativ-liberalen Paarung und hat insofern auch seine historische Berechtigung, als er dem Bedürfnis der liberalen Gevattern entgegenkommt, ab und zu ein Schwätzchen zu halten. Ein solches Schwätzchen, das für die politische Welt weiter kein Interesse hat, fand dieser Tage in Heidelberg statt. Man ließ aus allen möglichen Strohhalmen Seifenblasen steigen und brütete über der einen großen liberalen Partei, von der schon vor einem Menschenalter Treitschke gesagt hat: es sei nur eines schade, daß sie nämlich nicht existiere! Auch über Zentrum und Sozialdemokratie redete man: das Zentrum wolle man sprengen, die Sozialdemokratie aber — wie gnädig von diesen politischen Knirpsen! — nur umwandeln! Als aber einer der Nationalvereinler betonte: bei Stichwahlen zwischen Sozialdemokraten und Reaktion müsse man unbedingt der Sozialdemokratie die Stimme geben, da erstickte ein unwilliges Toben und Lärmen seine Worte. — Was soll man von diesem liberalen Abklatsch des Reichsverbandes weiter sagen?

Österreich-Ungarn.

Gegen Schiffahrtsabgaben. In einer Sitzung des Industrierates in Wien wurde der Antrag, daß die Regierung der von Preußen geplanten Einführung von Schiffahrtsabgaben auf der Elbe unter keinen Umständen zustimmen solle, nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte Ministerialrat Fries, die Regierung sei der Überzeugung, die internationale Rechtslage, die eine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Freiheit von Abgaben biete, werde von jenen Garantien Gebrauch machen.

Frankreich.

Die Winzerbewegung. Marcellin Albert stellte sich gestern in Montpellier dem Gerichte. Unter dem Schutze der Nacht wurden bis jetzt etwa 1200 „Meuterer des 17. Infanterieregiments nach Tunis eingeschifft. Zweien gelang es, zu entkommen.

Rußland.

Acht Bomben geschleudert. Auf dem Erivan-Platz im Zentrum der Stadt in Tiflis, wo sich eine große Menschenmenge befand, wurden nacheinander acht Bomben geschleudert, welche mit furchtbarer Gewalt explodierten und in großem Umkreise Scheiben, Türen und Schornsteine zertrümmerten. Viele Menschen wurden getötet und eine große Anzahl verwundet. Zwischen Detonationen vernahm man Gewehr- und Revolverschüsse. Der Ort der Katastrophe ist abgesperrt. — Wie die Untersuchung ergeben hat, stehen die schon gemeldeten Bombenattentate mit einem räuberischen Überfall im Zusammenhang, der auf einen von 5 Kosaken und 2 Soldaten eskortierten Wagen verübt wurde, in dem 250 000 Rubel von der Post zur Reichsbankfiliale gebracht werden sollten. Als der Wagen den Erivan-Platz erreichte, wurde eine mit furchtbarer Gewalt explodierende Bombe geschleudert. Das auf dem Platze zahlreich anwesende Publikum stob in wildem Schrecken auseinander. Um die Verwirrung zu erhöhen, schleuderten die Räuber eine Bombe nach der anderen, die alle mit betäubendem Knall explodierten. Die Zahl der Opfer ist noch nicht festgestellt. Bisher ist nur bekannt, daß zwei Soldaten getötet und zwei Reichsbankbeamte aus dem Wagen geschleudert wurden. Der Wagen sowohl wie die Geldsäcke sind spurlos verschwunden. Im ganzen wurden acht Bomben geworfen.

Der Kongreß der Semstwos in Moskau beriet über eine Resolution, in der durchgreifende Maßnahmen gegen die Revolution gefordert werden. 22 Kongreßmitglieder erklärten, daß sie sich der Abstimmung enthalten, weil sie, obgleich sie Anarchie und Gewalttätigkeiten verurteilten, sich der politischen Agitation enthalten wollten. Nach lebhafter Debatte verließen diese 22 Mitglieder den Saal. Mit allen gegen 2 Stimmen nahm der Kongreß alsdann eine vom Kongreßbureau entworfene Resolution an, die die Notwendigkeit von Reformen betont, aber energische Maßnahmen gegen Anarchie und Revolutionäre verlangt, die den normalen Lauf des staatlichen Lebens hinderten und das Haupthindernis für die Verwirklichung der Reformen bildeten.

England.

Einen Feldzug gegen das Oberhaus führt seit einiger Zeit das Unterhaus unter Assistenz der — man höre und staune! — Regierung. Am Montag brachte Premierminister Campbell-Bannerman eine Resolution über die Reform des Oberhauses ein und führte aus: er wolle dem Hause die Umrisse eines Baues unterbreiten, der später in einer Gesetzesvorlage Gestalt gewinnen solle, die Regierung wolle aber hinsichtlich des Zeitpunktes der Einbringung des Gesetzentwurfes von der Befugnis, nach ihrem Ermessen zu handeln, Gebrauch machen. Einstweilen wünsche die Regierung die Meinung des Unterhauses kennen zu lernen, um festzustellen, daß sie das Haus der Gemeinen hinter sich habe. Die Regierung, die glaube, daß das Unterhaus allein die Qualifikation habe, die Gesinnungen des Landes in maßgebender Weise zum Ausdruck zu bringen, würde dann zu weiterem Vorgehen im stande sein, in dem Vertrauen, daß sowohl das Land, als auch das Haus hinter ihr stehe. (Beifall.) Die Resolution enthalte den Grundsatz der Vorherrschaft des Unterhauses. Der Premier übte dann scharfe Kritik an der Verschiedenheit in der Haltung des Oberhauses unter konservativen und liberalen Ministern und erklärte, die liberale Partei habe nie die Auffassung angenommen, daß ein nicht gewähltes, nicht wechselndes, nicht auflösbares und nicht verantwortliches Haus ein Recht habe, die Gefahr einer Auflösung über dem Unterhaus schweben zu lassen. Redner kündigte an, der Regierungsvorschlag gehe dahin, daß, wenn die beiden Häuser eine Einigung bezüglich eines Gesetzentwurfes unmöglich fänden, eine Konferenz einer beschränkten Zahl von Vertretern beider Häuser abgehalten werden soll; wenn die Konferenz ergebnislos verlaufen sollte, so solle der Entwurf, sei es mit, sei es ohne Abänderung, nach einer Frist von sechs Monaten oder in Fällen von großer Dringlichkeit nach kürzerer Frist im Unterhause wieder eingebracht werden dürfen, alle Stadien unter Einschränkungen der für die Diskussion eingeräumten Zeit durchlaufen und dann wieder zum Oberhaus zurückgesandt werden. Ergäbe sich dann noch eine Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Häusern, so könne eine zweite Konferenz abgehalten werden. Falls dieser Versuch zu einem Ausgleich fehlschlage, so würde der zweite Entwurf wieder im Unterhause eingebracht, rasch durch alle Stadien durchgebracht und dann dem Oberhause zugesandt werden mit der Maßgabe, daß, wenn der Entwurf nicht in der Form von den Lords angenommen würde, er über ihren Kopf durchgehen werde. (Lebh. Beif.) Dieser Plan gebe reiche Gelegenheit für Diskussion und Überlegung, die Regierung halte diesen Plan für durchführbar, gerecht, zweckmäßig und wirksam. Es könnte gesagt werden, es werde einer unfruchtbaren Regierung in den letzten Jahren eines unfruchtbaren Parlaments ermöglicht sein, die Dinge mit gewaltsamer Hand durchzuführen, und daß unter solchen Umständen noch soviele Beratungen und Besprechungen übereilte und willkürliche Maßnahmen nicht verhindern würden. Die Regierung sei der festen Überzeugung, daß der beste Weg, sich vor diesem Übel zu schützen, einfach in der Abkürzung der Dauer des Parlaments liege. Die Regierung sei der Ansicht, daß eine Herabsetzung der Dauer der Parlamente auf fünfjährige Perioden dem Parlament Frische und Kraft geben werde. Der Premierminister schloß seine Ausführungen: Lassen Sie das Land alle Vorteile von der Erfahrung, Besonnenheit und dem patriotischen Eifer des Hauses der Lords bei der Revision gesetzgeberischer Maßnahmen genießen, aber das Haus der Gemeinen soll die Vorherrschaft haben. (Lebh. Beifall.)

Die Ministeriellen gaben im allgemeinen ihrer Zustimmung zu den Vorschlägen der Regierung bezüglich der Reform des Oberhauses Ausdruck, doch vertraten einige Liberale die Ansicht, daß die Vorschläge noch nicht weit genug gehen. Im Laufe der Diskussion äußerte sich Abg. Balfour (kons.) dahin, die Resolution bezwecke, nicht den Willen des Volkes, aber den des Premierministers auszuführen. Die Regierung sei entschlossen, mit dem Oberhause einen Streit anzufangen und habe Gesetzentwürfe eingebracht mit der vorbedachten Absicht, sie vom Oberhause verworfen zu sehen. Die Lords hätten nicht den Wunsch, mit den Gemeinen um die Vorherrschaft zu kämpfen. Das Oberhaus sei jetzt in einer subordinierten Stellung; durch den Plan der Regierung werde es noch weiter über Gebühr untergeordnet. Zweck der Resolution sei, die schwindende Beliebtheit des Ministeriums wieder zu beleben.

Was der „Zweck" des Vorgehens der Regierung ist, scheidet hier völlig aus. Die Hauptsache ist und bleibt, daß das Ministerium endlich einmal die Gewaltherrschaft des Hauses der Lords brechen will.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 27. Juni.

Achtung, Holzarbeiter! Zuzug nach Mölln (Lauenburg) ist fernzuhalten.

Travemünde. Gesperrt für Bauarbeiter ist das Geschäft von Söhrmann.

Der Bürgerausschuß erklärte sich in seiner gestrigen Sitzung gutachtlich für die Mitgenehmigung des Senatsantrages betr. den Bau zweier Infektions-Pavillons auf dem Terrain des Allgemeinen Krankenhauses zum Kostenanschlag von 110 000 Mk. und den Ankauf eines Grundstückes in der Kahlhorststraße zum Preise von 52 938 Mk. zur Vergrößerung des Krankenhausterrains. Der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen wurde der Senatsantrag betr. die Errichtung einer Zollabfertigungsstelle beim Hochofenwerk und die Errichtung einer Zollassistenten- und dreier Revisionsaufseherstellen. Auf die Kosten der Verwaltung der Forsten und Torfmoore im Rechnungsjahre 1906 wurden 6033,28 Mk. nachbewilligt, auf die Kosten der Straßenreinigung 6903,32 Mk., auf die Bureaukosten des Seeamtes 363,65 Mk., auf die des Gerichtsvollzieheramtes 22,47 Mk., während die Navigationsschule 472,31 Mk. nachbewilligt erhielt. Das mit der Revierförsterstelle zu Behlendorf verbundene Dienstland soll dauernd von ihr abgetrennt und dem Inhaber der Stelle dafür ein um 610 Mk. höheres Gehalt gewährt werden. An eine Kommission, bestehend aus den Herren Blunck, Hahn, Freytag, Lau, Dr. Meyer, verwiesen wurde ein Antrag, der Baudeputation zur Planierung und Besandung einer etwa 3000 Quadratmeter großen Fläche auf der Insel gegenüber der Lachswehr 900 Mk. zur Verfügung zu stellen. Ein Antrag auf Errichtung eines neuen Doppel-Volksschulhauses an der verlängerten Brockesstraße, dessen Kosten auf 432 870 Mk. veranschlagt sind, wurde an eine in der nächsten Sitzung zu wählende Kommission verwiesen. Eine vom Bürgerausschuß eingesetzte Kommission zur Vorberatung eines Senatsantrages über Arealaustausch mit der Allgemeinen Lokal- und Straßenbahngesellschaft an der Roeck- und Rabenstraße erstattete ihren Bericht. Der Bürgerausschuß lehnte diesen Senatsantrag ab und ersucht den Senat, das Polizeiamt zu einer Äußerung darüber zu veranlassen, wie die in der Roeckstraße aus dem Depotbetriebe der Allgemeinen Lokal- und Straßenbahngesellschaft entstandenen erheblichen Verkehrsstörungen gemindert werden können. Sodann schloß sich der Bürgerausschuß dem Bericht einer anderen Kommission an, wonach der Frauengewerbeschule für die Rechnungsjahre 1908 und 1909 eine Beihilfe von 2000 Mk. gewährt werden soll. Mitgenehmigt wurde die Abänderung des Bebauungsplanes für die Bebauung der Grundstücke Moislinger Allee 1 und 3. Gutachtlich befürwortet wurde eine Senatsvorlage auf Umwandlung der Schreiberstelle am Seemannsamte in eine etatsmäßige Wasserschoutgehilfenstelle mit Pensionsberechtigung und einem Gehalte von 1700— bis 2500 Mk.

Bürgerliche „Wahrheits"fanatiker! In unserer Montagnummer veröffentlichten wir eine Bekanntmachung des Transportarbeiterverbandes, nach welcher über die Firma Paul Roggenkamp die Sperre verhängt worden sei, weil bei derselben ein Mitglied der Lohnkommission der Kohlenarbeiter gemaßregelt wäre. Herr Roggenkamp sandte uns daraufhin am folgenden Tage ein Schreiben, in dem er bestritt, den Kutscher wegen seiner Zugehörigkeit zur Lohnkommission entlassen zu haben. Wir haben keinen Augenblick gezögert, unsern Lesern hiervon Mitteilung zu machen. Direkt hatte die Redaktion des „Volksbote" mit der Sache gar nichts zu tun, sondern es handelte sich um eine Angelegenheit des Transportarbeiterverbandes, wie auch aus der Unterschrift der Sperrenotiz deutlich hervorgeht. Jetzt bemächtigt sich das Amtsblatt, ausgerechnet jenes Blatt, das sehr häufig beweislos gemeine Verleumdungen gegen unsere Führer richtet, und das mit zynischer Freude die Verrufserklärungen gegen Arbeiter bringt, der Sache, um mit einem nicht geringen Aufwand von Heuchelei und Unwahrheiten vom „sozialdemokratischen Zynismus" zu faseln. Es behauptet ins Blaue hinein, der „Volksbote" hätte es nicht der Mühe für wert gehalten, sich von der Richtigkeit des von ihm in Bezug auf die Entlassung des Kutschers gesagten zu überzeugen. Soviel Worte, soviel Unwahrheiten. Der Redaktion des „Volksbote" war bekannt, daß der Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes am Montag bei Herrn Roggenkamp war, um die leidige Angelegenheit möglichst auf gütlichem Wege zu regeln und mit dem Inhaber der Firma Rücksprache über die Entlassung des Mannes zu nehmen. Auf Grund der kurzen Aussprache, die mit dem Sohne des Herrn R. stattfand, da Herr R. senior sich „nicht stören" lassen wollte, kam der Vorstand des Transportarbeiterverbandes zu der Verhängung der Sperre, da stichhaltige Motive für die Entlassung des Kutschers nicht angegeben wurden. Daß der Mann sich mehrerer Eigentumsvergehen hätte schuldig gemacht, wurde von Herrn R. mit keinem Worte erwähnt. So liegt die Sache in Wirklichkeit. Das weitere wird sich ja finden, da durch die betr. Gerichtsverhandlung vielleicht auch noch andere, die Oeffentlichkeit interessierende Dinge zur Sprache kommen können.

Die Hafenmeistergehilfen befinden sich in einer Notlage, so sagte Herr Aug. Vape in der letzten Bürgerschaftsversammlung. Durch ein Versehen, das von jedem verständigen Menschen nicht anders als ein solches aufgefaßt sein kann und das wir nicht einmal bemerkt hatten, heißt es in unserem Bürgerschaftsbericht anstatt Hafenmeistergehilfen nur Hafenmeister; es fehlten also drei Silben. Aus diesem Lapsus macht der „Landbote" uns den Vorwurf der falschen Berichterstattung. Fürwahr, wenn wir ebenso kleinlich wären, wie der „Landbote", welche Vorwürfe könnten wir unseren bürgerlichen Gegnern aus ähnlichen Anlässen machen. Doch das gehört anscheinend zur freisinnigen Kampfesweise und wir verzichten gern darauf, uns dieselbe zu eigen zu machen.

„Arbeiterfreunde" und „Handwerksretter". Der Bürgerausschuß hat es in seiner gestrigen Sitzung einstimmig abgelehnt, folgenden Antrag unseres Genossen Wissell dem Senat entgegenzubringen. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, Anweisungen an die einzelnen Behörden zu erlassen, daß in Zukunft bei der Vergebung von staatlichen oder städtischen Arbeiten Bestimmungen über die von dem betreffenden Unternehmer einzuhaltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen erlassen werden, und zwar dahingehend, daß die Übernehmer der betreffenden Arbeit oder Lieferung zum mindesten die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren haben, die zwischen den beiderseitigen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart sind oder die mangels einer solchen Vereinbarung in dem betreffenden Gewerbe als üblich und anständig gelten. Als Mindestbetrag jeglichen Lohnes gilt der ortsübliche Tagelohn (§ 8 des Krankenversicherungsgesetzes)". — Wir sind fest davon überzeugt, daß bei den kommenden Wahlen jene Leute, die diesen Beschluß gefaßt haben, ihre Arbeiterfreundlichkeit wiederum auf das aufdringlichste betonen und am Ende gar verlangen, daß die Arbeiter sie ihnen glauben sollen. Hier wo es galt, die Arbeiter vor Lohndrückerei zu bewahren und die Gewerbetreibenden vor Schmutzkonkurrenz zu schützen, hat das Bürgertum schmählich versagt. Wir werden das nicht vergessen.

Eine öffentliche Schlachtergesellen-Versammlung fand am Montag den 24. d. M. im Lokale des Herrn Eggers, Stavenstraße, statt; die Tagesordnung lautete wie folgt: 1. Die reichsstatistischen Erhebungen über die Arbeitszeit im Fleischergewerbe, das Resultat derselben und die Regelung der Arbeitszeit. 2. Die Gutachten der Innungen und der Gesellenausschüsse zur Verhinderung der Regelung der Arbeitszeit. 3. Diskussion. Als Referent war erschienen Verbandsvorsitzender Paul Hensel-Berlin. In vortrefflicher Weise behandelte Redner das Vorgehen der Innungen bei Ausfüllung der betreffenden Fragebogen. Auch das der Lübecker Innung rief unter den Anwesenden große Entrüstung hervor. So behauptete sie zum Beispiel, daß die hiesigen Schlachtergesellen keine körperliche Arbeit zu verrichten hätten! Hierüber weitere Worte zu verlieren, verlohnt sich nicht; man muß blos staunen, welch Geisteskind derjenige zu sein scheint, aus dessen Gehirn dieser Gedanke entsprungen ist. Weiter hat sich eine Innung in Süddeutschland dahin geäußert, daß z. B. die Dünste bei einem zu schlachtenden Tiere sehr gesund wären für den Schlachtergesellen. Die Anwesenden waren nun der Meinung, daß die betreffenden Innungsmeister bei diesen Äußerungen wohl nicht ganz normal gewesen sind und empfehlen daher den Herren vom Fleischklotz, recht viel von diesen Dünsten zu schnappen. Unterdessen war folgende Resolution eingegangen, welche einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammlung der Fleischergesellen in Lübeck erhebt gegen die Auffassung des Beirats für Arbeiterstatistik, daß die Einführung eines Maximalarbeitstages im Fleischergewerbe sich allgemein nicht als erforderlich erwiesen habe, Protest.

Die Versammlung ist der Meinung, daß in den Erhebungen des Beirats für Arbeiterstatistik nicht allerorts eine richtige Darstellung der Arbeitszeit enthalten, da die Meister vielfach Angaben machten, die die übliche Arbeitszeit kürzer erscheinen ließen, als sie tatsächlich ist. Desgleichen sind die Gesellen seitens der Meister gedrängt, die überlange Arbeitszeit nicht im vollen Umfange bekanntzugeben. Diese unsere Annahme wird durch die vom Zentralverband der Fleischer aufgenommene Erhebung aus dem Jahre 1905 bestätigt. Diese Erhebungen haben dargetan, daß in einer ganzen Anzahl von Städten wöchentliche Arbeitszeiten von 100 und mehr Stunden üblich sind. Eine solche Arbeitszeit muß für die Gesellen die übelsten Folgen zeitigen.

Aber auch die Erhebungen des Beirats für Arbeiterstatistik haben ergeben, daß im Sommer 80 Proz. und im Winter 66 Proz. der Gehilfen über 12 Stunden in Betrieben tätig sind. Eine Arbeitszeit einschließlich der Pausen über 14 Stunden haben im Sommer 18,2 Proz., und im Winter 23,6 Proz. der Gehilfen.

Der Beirat für Arbeiterstatistik und das Reichs-Gesundheitsamt haben in der Würdigung der Ergebnisse der Erhebungen über die Arbeitszeit im Fleischergewerbe einen einseitigen Standpunkt eingenommen, indem nur die Interessen der Unternehmer gewürdigt wurden, nicht aber das begründete und vom sozialpolitischen Standpunkt aus berechtigte Verlangen der Gesellen berücksichtigt wurde. Die Gesundheitsverhältnisse der Fleischergesellen sind die denkbar ungünstigsten, weil durch eine überlange Arbeitszeit, durch Arbeiten in schlechten Betriebsräumen, durch abwechselndes Arbeiten in Nässe und Kälte Berufskrankheiten den Fleischergesellen schon in der frühesten Jugend befallen und ihn zwingen, seinen Beruf aufzugeben.

Schon der im Gewerbe ungesunde Zustand, daß ältere und verheiratete Gesellen keine Beschäftigung finden, einmal, weil die Meister verheiratete Gesellen nicht einstellen, dann aber auch, weil der niedrige Lohn und die lange Arbeitszeit die Gründung einer Familie ausschließen, hätte dem Beirat für Arbeiterstatistik die Erkenntnis beibringen sollen, daß vom sozialpolitischen Standpunkt aus die Forderungen der Arbeiter auf einen 12stündigen Maximalarbeitstag durchaus berechtigt sind. Der Einwand, im Fleischereiberuf gelinge es den Arbeitern sehr leicht, selbständig zu werden, deutet darauf hin, daß der Beirat für Arbeiterstatistik sich in vollständiger Unkenntnis der Verhältnisse im Fleischergewerbe befindet. Der übergroße Teil der Fleischergesellen hat nicht die Aussicht, Meister zu werden, sondern die trübe Aussicht, einen gelernten Beruf aufzugeben, um zu einem andern überzugehen.

Umsoweniger lag Anlaß vor für den Beirat für Arbeiterstatistik, sich das Urteil der Fleischermeister zu eigen zu machen, da es dem Beirat für Arbeiterstatistik bekannt sein mußte, daß aller sozialpolitischer Fortschritt gerade in den Kreisen der Fleischermeister den heftigsten Widerstand gefunden hat. Die Herren Fleischermeister haben sich mit derselben Entschiedenheit gegen die Sonntagsruhe wie gegen den 9 Uhr-Ladenschluß gewendet, und es ist eine bekannte Tatsache, wie die Erhebungen sie bestätigen, daß bis gegenwärtig die Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Fleischergewerbe regelmäßig übertreten werden.

Daß die Durchführung einer geregelten Arbeitszeit nicht unmöglich ist, dafür spricht die Innehaltung der nahezu 12stündigen Arbeitszeit in einigen gut geleiteten Betrieben und die 9stündige Arbeitszeit in den Fleischereien der Konsumvereine. Nicht minder unzutreffend ist der Einwand des Beirats für Arbeiterstatistik und des Reichs-Gesundheitsamtes, daß die Arbeit deshalb an Gesundheitsschädlichkeit einbüßt, weil die Gesellen durch lange Pausen die Arbeit unterbrechen, so bei den Gängen zur Kundschaft und beim Vieheinkäufen und Viehholen sich in frischer Luft bewegen. Diese Verhältnisse sind nicht allgemein beim Fleischereibetriebe üblich, und besonders in der Großstadt fällt diese Tätigkeit der Gesellen fast vollständig weg: die Fleischergesellen sind nicht selten in schlechten, dumpfigen Arbeitsstätten von früh bis in den späten Abend gefesselt.

Aus allen diesen Gründen glauben die Fleischergesellen mit Recht die Forderung erheben zu können, daß der Bundesrat durch eine Verordnung verfügt, daß die im Berufe übliche Arbeitszeit 12 Stunden nicht überschreiten darf. Nur durch eine solche Begrenzung der Arbeitszeit werden gesunde Verhältnisse im Fleischereigewerbe eintreten, und der Fleischergeselle wird die Möglichkeit finden, einen eigenen Hausstand gründen und sein Gewerbe noch in einem Alter auszuüben, wie es ihm heute versagt ist. Eine Arbeitszeit über 12 Stunden kann nicht als ein gesunder Zustand im Gewerbe erachtet werden und muß für die Arbeiter dieses Berufes dauernde wirtschaftliche und gesundheitliche Schäden hervorrufen. Vor diesen Schäden die Arbeiter zu bewahren, das soll und muß die Aufgabe der Regierung und der Gesetzgebung sein. Deshalb protestiert die Versammlung entschieden gegen den engherzigen, sozialpolitisch rückständigen Standpunkt, den der Beirat für Arbeiterstatistik zu den Erhebungen im Fleischergewerbe eingenommen hat, und erwartet von der Regierung und dem Reichstage, daß sie diesem sozialpolitisch reaktionären Standpunkt sich nicht anschließen.

Der 11. Verbandstag des Norddeutschen Gastwirte-Verbandes findet hier am 2., 3. und 4. Juli statt. Die Verbandsverhandlungen beginnen Dienstag mittag 1 Uhr in der Wakenitz-Bellevue. Abends 9 Uhr ist im Konzerthaus Fünfhausen ein Kommers vorgesehen. Mittwoch, morgens 9 Uhr, werden die Verhandlungen in der Wakenitz-Bellevue fortgesetzt, wo während des Verbandstages auch eine wirtsgewerbliche Ausstellung stattfindet, zu der freier Eintritt ist. Donnerstag sollen die Verhandlungen evtl. um 8 Uhr morgens fortgesetzt werden. Um 9 Uhr findet am Bahnhof der Empfang der auswärtigen Gäste statt. Mit Musik wird sodann der Marsch über die Wälle nach der Stadthalle angetreten, wo ein gemeinschaftliches Frühstück vorgesehen ist. Nach dem Frühstück sollen die Sehenswürdigkeiten Lübecks und die Ausstellung besichtigt werden. Den Nachmittag füllt ein Fest in Israelsdorf aus.

Handelsregister. Am 26. Juni 1907 ist eingetragen; 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Paul Schumburg in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Kaufmann Victor Hermann Ottomar Knoch in Lübeck führt das Geschäft unter unveränderter Firma als alleiniger Inhaber fort; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Lübecker Marzipanfabrik von Minden u. Bruhns in Lübeck: Die Niederlassung ist nach Stockelsdorf verlegt; 3. die Firma Nathan Blumenthal in Lübeck. Inhaber: Kaufmann Nathan Blumenthal in Lübeck.

In freien Stunden, Wochenschrift zur Unterhaltung und Belehrung für das arbeitende Volk, bringt eine Fülle von Romanen und Erzählungen, die zu den besten ihrer Art gehören. Soeben ist der erste Halbjahrsband des elften Jahrganges in hübscher Ausstattung erschienen. Derselbe enthält außer einer großen Anzahl kleinerer Artikel und Notizen die Hauptromane „Rebellen" von Tschirikow, „Der Glöckner von Notre Dame" von Viktor Hugo und „St. Peters Regenschirm" von Mikszath. In Freien Stunden kann auch in wöchentlichen Heften zum Preise von 10 Pfg. durch unsere Buchhandlung bezogen werden. Wir können unseren Lesern das Abonnement auf diese Zeitschrift nur empfehlen, da sie ihnen eine wahrhaft gute Lektüre bietet.

Von der Invaliden- und Altersversicherung. Durch die Invaliden- und Altersversicherungsgesetzgebung wird solchen Personen, die dauernd erwerbsunfähig werden oder das 70. Lebensjahr vollendet haben, eine Rente gewährt. Die niedrigste Alters-Jahresrente beträgt 110 Mark, die höchste 230 Mark, also täglich 30 Pfg. bezw. 63 Pfg. Die niedrigste Invalidenrente beläuft sich auf 116 Mark, die höchste auf 450 Mark jährlich, oder pro Tag 32 Pfg. oder 1,23 Mark. Die zu zahlenden Beiträge richten sich nach der Lohnhöhe des einzelnen Arbeiters. Es ist zu kleben bei einem Jahresverdienst

	bis 850	Mk.	eine	14	Pfg.-Marke	
von mehr als 850	„ 550	„	„	20	„	„
„ „ „ 550	„ 850	„	„	24	„	„
„ „ „ 850	„ 1150	„	„	30	„	„
„ „ „	1150	„	„	36	„	„

Von diesen Beiträgen darf der Arbeitgeber die Hälfte vom Lohn in Abrechnung bringen. Der den Beitragssätzen zugrunde gelegte Jahresarbeitsverdienst ist nicht der tatsächliche Verdienst; der Jahresarbeitsverdienst wird vielmehr auf die verschiedenfachste Weise je nach der Arbeiterkategorie, der der einzelne zugehört, ermittelt. Am meisten gebräuchlich ist der für die Krankenkassenbeiträge zugrunde gelegte Tagesarbeitsverdienst. Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeiter über die Höhe der Lohnklasse und der demgemäß zu verwendenden Marken entscheidet die Rentenstelle oder die untere Verwaltungsbehörde, für den Bereich des Bergbaues das Bergamt, für die Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung die Generalkommission der Staatseisenbahnen. Wer Invalidenrente beziehen will, muß mindestens 200 Beiträge geleistet haben und dauernd erwerbsunfähig geworden oder während 26 Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen sein. Dauernde Erwerbsunfähigkeit liegt nach dem Gesetz erst vor, wenn der Arbeiter infolge von Krankheit, Alter usw. nicht mehr ein Drittel dessen zu verdienen imstande ist, was Arbeiter gleicher Kategorie zu verdienen pflegen. Auf die Wartezeit kommen Krankheit und militärische Dienstleistungen in Anrechnung. Entzogen werden kann die Rente, wenn in den Verhältnissen des Invaliden eine Veränderung eintritt, die ihn nicht mehr als im Sinne des Gesetzes dauernd erwerbsunfähig erscheinen läßt. Ferner kann die Rente entzogen werden, wenn der Invalid sich berechtigten Maßnahmen der Versicherungsanstalt ohne gesetzlichen oder triftigen Grund widersetzt, insbesondere sich weigert, sich einem Heilverfahren zu unterziehen. Es muß ihm allerdings nachgewiesen werden, daß er dadurch die Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit vereitelt hat. Weiter wird die Rente nicht gezahlt, wenn der Invalid eine Freiheitsstrafe von mindestens einem Monat verbüßt, oder wenn er nicht im Inlande wohnt. Gegen die die Entziehung der Rente anzeigenden Bescheide der Versicherungsanstalt kann der Betroffene das Schiedsgericht und alsdann das Reichsversicherungsamt anrufen. Das Recht auf Rente erlischt, wenn während zweier Jahre nicht mindestens 20 Wochenbeitragsmarken geklebt sind. Selbstversicherer müssen mindestens für 40 Wochen Beiträge entrichtet haben. Die Höhe der Invalidenrente richtet sich nach der Zahl und Höhe der geleisteten Beiträge. Will jemand Invalidenrente beanspruchen, so hat er dies der unteren Verwaltungsbehörde oder der Rentenstelle anzuzeigen, seine Quittungskarten und Aufrechnungsbescheinigungen, sowie Bescheinigungen über Krankheiten, und, wenn militärische Dienstleistung in Anrechnung kommen soll, Militärpapiere beizubringen. Alsdann entscheidet über den Antrag die Versicherungsanstalt. Gegen diesen Entschluß kann der Antragsteller das Schiedsgericht und später das Reichsversicherungsamt anrufen. Altersrente kann der beanspruchen, der das siebzigste Lebensjahr vollendet und eine Wartezeit von mindestens 1200 Wochenbeiträgen erfüllt hat. Die Altersrente kommt jedoch in Fortfall, wenn dem Altersrentner Invalidenunterstützung gewährt wird. Die Höhe der Altersrente richtet sich ebenfalls nach Höhe und Anzahl der geleisteten Beiträge. Die Geltendmachung des Anspruchs hat in derselben Weise wie bei der Invalidenunterstützung zu geschehen. Die Hälfte der für sie geleisteten Beiträge kann zurückerstattet werden an Versicherte, die Invalidenrente nicht erhalten, weil sie wegen dauernder Erwerbsunfähigkeit Unfallrente beziehen. Der Antrag muß binnen zwei Jahren nach dem Unfall gestellt sein. Wenn mindestens 200 Wochen Beiträge geleistet sind, können Frauen, die eine Ehe eingehen, ebenfalls die Hälfte der für sie gezahlten Beiträge zurückfordern. Die 200 Beiträge müssen aber vor Eingehung der Ehe geleistet und der Antrag innerhalb eines Jahres gestellt sein. Die Witwe oder die hinterlassenen ehelichen Kinder unter 15 Jahren haben den gleichen Erstattungsanspruch, wenn für den Gatten resp. Vater mindestens 100 Wochenbeiträge geleistet waren. Auch die vaterlosen Kinder haben den gleichen Erstattungsanspruch an den für ihre verstorbene Mutter entrichteten Beiträgen. Denselben Anspruch haben die hinterlassenen noch nicht 15 Jahre alten Kinder einer weiblichen Person, deren Ehemann sich von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und sich der Pflicht der Unterhaltung der Kinder entzogen hat. Schließlich steht auch dem Witwer ein Anspruch auf Erstattung der für seine Frau geklebten Beiträge in dem Fall zu, wenn die Frau infolge seiner eigenen Erwerbsunfähigkeit die Ernährerin der Familie war. Die Anträge auf Erstattung sind in allen Fällen innerhalb eines Jahres nach dem Tode des Versicherten zu stellen.

Erhängt. Mittwochnachmittag erhängte sich auf dem Abort seiner an der Wakenitzmauer belegenen Wohnung ein Arbeiter. Über das Motiv der Tat ist nichts bekannt.

Seeschäden. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 24. bis zum 31. Mai 135 Seeschäden gemeldet worden, darunter 99 Dampfer und 36 Segelschiffe. Von diesen sind 8 Dampfer und 9 Segler vollständig verloren gegangen.

Stadthallen-Theater. Aus der Theaterkanzlei schreibt man uns: Freitag geht bereits zum vierten Male das Lustspiel „Fräulein Josette — meine Frau" in Szene. Der große Erfolg, den das Stück gefunden hat, sowie der allgemeine Wunsch einer Wiederholung veranlaßte die Direktion, dieses Lustspiel abermals auf den Spielplan zu setzen. Sonnabend wird als zweite volkstümliche Vorstellung (jeder Platz 50 Pfg.) das Lustspiel „Husarenfieber" mit Herrn Max Schütz als Nippes wiederholt. Sonntag wird als große Operetten-Vorstellung „Giroflé-Giroflà" mit Frau Piorkowski in der Titelpartie gegeben. Max Schütz singt den Don Bolero. Es sei hierbei noch besonders bemerkt, daß Chor und Orchester bedeutend verstärkt sind.

Wilhelm-Theater. Man schreibt uns: Die großen Erfolge, die das Gastspiel des Hofschauspielers Wahlberg zeitigen, veranlaßt die Direktion dasselbe noch um einige Abende zu verlängern und ist für morgen eine Wiederholung des Lustspiels „Kean" vorgesehen. Die glänzende Leistung des genialen Künstlers als Kean fand kürzlich bei dem vollen Hause stürmischen Beifall. Sonnabend wird die volkstümliche Vorstellung zu kleinen Preisen das interessante Hauptmannsche Werk: „Einsame Menschen" bringen. Die nächste Lustspiel-Neuheit ist: „Klein Dorrit" von Franz von Schönthan.

Hamburg. Zwei Ärzte vom Eppendorfer Krankenhause auf einer Segeltour verunglückt? Die „Hamb. Nachr." schreiben: Seit Montag werden zwei junge Ärzte vom Eppendorfer Krankenhause vermißt, die mit einem Segelboot am Sonntag eine Tour nach Brunsbüttel gemacht hatten. Am Montag morgen telephonierten sie noch von Brunsbüttel aus, daß sie wegen schlechten Wetters nicht zum Montag hätten zurückkommen können; seitdem hat man von den beiden Herren, die am Montag von Brunsbüttel abgefahren sind, nichts mehr gehört. Mehrere Kollegen der Vermißten geben sich jetzt die größte Mühe, in Brunsbüttel und auf der Unterelbe näheres zu ermitteln. — Totgefallen. Ein schwerer Unglücksfall erfolgte gestern morgen in dem Holzlager von Peters u. Sohn in der Niedernstraße. Als der Arbeiter Hermann Borck einen schweren Persennig die Treppen hinabtrug, stürzte er ab und hatte das Unglück, das Genick zu brechen. Er war sofort tot. Die Leiche kam ins Hafenkrankenhaus.

Tönning. Wahlrechtsraub. In der Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums wurde das Ortsstatut für die große Städteordnung angenommen. Wahlberechtigt soll sein, wer mindestens zum Staatsgebäudesteuersatze von 7,20 Mk. veranlagt ist, mindestens zu einer Staatsgewerbesteuer von 16 Mk. veranlagt ist und ein Einkommen von mindestens 1600 Mk. versteuert. Zahlreiche Gewerbetreibende, Beamte und Arbeiter verlieren damit das Wahlrecht. — Darüber dürfte sich unser Lübecker Amtsblatt unbändig freuen.

Kiel. Eine Niederlage Studts nach seinem Fall. Die Freie Turnerschaft an der Kieler Förde war bekanntlich durch die bisher herrschende Studterei gezwungen worden, mit dem Polizeipräsidenten von Kiel einen Prozeß zu führen um die Entscheidung der Frage, ob sie ein politischer Verein sei oder nicht. Dieser Prozeß kam nach endlosen schriftlichen Vorverhandlungen und weitgreifenden mündlichen Zeugenvernehmungen, die im April stattgefunden haben, am 24. Juni in Schleswig zum Austrag. Der Bezirksausschuß hat anerkannt, ebenso wie bekanntlich in einem früheren Prozeß das Kammergericht in Berlin, daß die Freie Turnerschaft an der Kieler Förde kein politischer Verein sei. Dieser Prozeß darf nicht als ein Kampf des Kieler Polizeipräsidenten gegen den Verein angesehen werden. Er war ein Stück von dem kläglichen Kriege, den der verflossene Kultusminister Studt gegen alle Bildungsbestrebungen der Arbeiter führte, um so den Beweis zu stellen, daß er hinter Mühler stände.

Literarisches.

Vom **„Wahren Jacob"** ist uns soeben die 13. Nummer des 24. Jahrganges zugegangen: Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Unseren österreichischen Genossen" und „Der Friedensengel des Imperialismus", sowie die weiteren Illustrationen „Spanisches", „Don Carlos in Not", „Die Freuden der guten Hirten", „Die bayerischen Landtagswahlen", „Lebenslauf", Dankgottesdienst in Preußen-Deutschland für die hohen Getreidepreise", „Schnorrer und Verschwörer", „Strafe muß sein", „Im Hamburger Hafen" und Nächtlicher Besuch in Zarskoje Sselo". Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Die Tafelrunde", „Der Besuch der englischen Journalisten", „Studt", „Das Lied von deutscher Gastlichkeit", „Finnlands Landtag", „Reflexion", „Nur gründlich", „Heimkehr" (illustr.), „Die Flottenschwärmer", „Anti-Häckel", „Produktive Ausgaben", „Die liberale Aera" und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons „Das Kochbuch der Zukunft", Die Haifischinsel", „Angemessene Plätze", „Die Friedenskomödie" und „Das Schwein" (illustr.) Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Von der Neuen Gesellschaft (Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun, Verlag: Berlin W. 15, Pfalzburgerstr. 12, Preis für das Einzelheft 10 Pfg., Probehefte kostenfrei), ist soeben das 13. Heft erschienen, das folgenden Inhalt hat: Wahlreformminister Moltke. — Stolypins zweiter Staatsstreich. — Dr. Richard Baum: Staatskartelle. — Glossen. — Franziska Mann-Berlin: Die „gute" Frau. — Thekla Skorra: Gitterstäbe.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Herausgeber: Dr. Albert Südekum. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Zur Frage der Wertzuwachssteuer bringt die jetzt ausgegebene Nummer 25 der „Kommunalen Praxis" wertvolles Material. Der Freiherr Heyl v. Herrnsheim, ein richtiger Eigentumsfanatiker und schlimmer Scharfmacher, bezeichnete selbst in einem Ausschußbericht der Ersten Hessischen Kammer die Steuer vom Wertzuwachs als „eine verfassungswidrige Konfiskation von legitim erworbenem Eigentum"; obwohl viele Besitzende auf demselben Standpunkt stehen, setzt sich doch der Gedanke, den unverdienten Wertzuwachs zugunsten der Allgemeinheit zu besteuern, immer mehr durch. An der Hand der „Kommunalen Praxis" kann man diese Entwickelung in ihren Einzelheiten genau verfolgen. Die „Kommunale Praxis" erscheint wöchentlich und kostet vierteljährlich nur 2,50 Mk. Probenummern sind jederzeit kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, zu beziehen.

Das Wasserheilverfahren. Soeben erschien in unserem Verlag Heft 13 der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek" Dr. S. Munter, Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Der Verfasser, welcher durch seine langjährigen Erfahrungen in Berliner Wasserheilanstalten wie kaum ein anderer berufen ist, über Erfolge und Gefahren, Wirkung und Technik der Wasseranwendungen in der Gesundheitspflege des Arbeiters zu sprechen, unternimmt in der vorliegenden Arbeit den Versuch, die wissenschaftliche Erklärung für die Wirkung der einzelnen Prozeduren zu geben, die Fragen nach dem Warum? und Wie? in gemeinverständlicher Weise zu beantworten. Nach einleitenden Bemerkungen über die Bedeutung der Haut für den Körper werden die Wirkungsweise und die verschiedenen Anwendungsformeln des Wassers: das Brausebad, das kalte Vollbad, in einem besonderen Kapitel Erkältung und Abhärtung, die kalte Waschung und Abreibung, Douchen und Güsse, Umschläge und Packungen, sowie das Schwitzbad besprochen und bei jeder Anwendungsform gezeigt, welche Vorgänge im Organismus dadurch veranlaßt werden, wo sie am Platze sind und wo zu widerraten. Es ist unseres Wissens überhaupt das erste Mal, daß in einer populären Darstellung des Wasserheilverfahrens den Arbeitern Gelegenheit geboten wird, diese wissenschaftliche und doch so einfache Erklärung der dabei stattfindenden Vorgänge kennen zu lernen, Vorurteile abzulegen und Schaden zu verhüten. Möge die Arbeiterschaft recht zahlreich von dieser Gelegenheit Gebrauch machen. — Der Preis des Heftes beträgt 20 Pfennig und kann dasselbe von allen Parteibuchhandlungen und Kolporteuren bezogen werden.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. g zeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigeen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Geschäfts-Verlegung.

Ich mache hiermit die ergebene Mitteilung, dass ich **heute** mein Geschäft nach

7 Breitestraße 7

der Fischergrube gegenüber, verlege. Für das mir bisher in so **reichem Maße bewiesene Wohlwollen** danke ich bestens und bitte, mir dasselbe auch in das neue Lokal übertragen zu wollen. Ich werde nach wie vor bestrebt sein, nur

gute erstklassige Fabrikate zu billigsten Preisen

in den Verkauf zu bringen.

Hochachtungsvoll

Breitestrasse 7. **Auguste Popp.**

Die Geburt einer kräftigen Tochter zeigen an

H. Möller u. Frau. geb. Speckmann.
Lübeck, den 26. Juni 1907.

Deutscher

Metallarbeiterverband

(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Mittwoch mittag 12¼ Uhr starb unser langjähriges Mitglied, der Arbeiter

Franz Zamel.

Wir rufen ihm ein „Ruhe sanft" nach.

Die Beerdigung findet Montag, den 1. Juli, vorm. 10½ Uhr, von der Burgtor-Kapelle aus statt.

Abmarsch der Kollegen zur Teilnahme an der Beerdigung vorm. 9¾ Uhr vom Vereinshaus.

Die Ortsverwaltung.

Unsern Fründ **Otto Sternberg** to sin 20. Wegenfest een 999 Mal dunnerndes Hoch, dat dat ganze 7-Schläpper-Dach wackelt.

Nu rah, wer het dahn.

Ein Logis zu vermieten
Chasotstraße 14, pt.

Umständehalber zu sofort **eine freundliche Dreizimmer-Wohnung** zu vermieten
Marlesgrube 41, I.

Sofort **Zweistuben-Wohnung** mit Zubehör
Elswigstraße 9a.

Zum 1. Oktober **eine Wohnung**, erste Etage nach vorne oder Parterre im Flügel
Johannisstraße 56.

Ein Brautpaar sucht zum 1. Oktober **eine Zweizimmerwohnung** vorm Holstentor.
Off. u. **W B** an die Exped. d. Bl.

Gesucht **Zwei- bis Dreizimmerwohnung** im Pr. von 230—250 Mk. vor'm Hüxtertor.
Off. u. **b S 3** an die Exp. d. Bl.

Gesucht eine **Zwei- bis Dreistubenwohnung** zum 1. Oktober im Pr. bis zu 210 M., am liebsten in der Nähe der Glandorpstraße.
Off. u. **S b** an die Exp. d. Bl.

Gesucht zum 1. Oktober vor'm Holstentor **eine abgeschl. Dreistubenwohnung**, am liebsten Parterre oder 1. Etage, im Pr. von 250—280 Mk. Off. u. **O 50** an die Exp.

Gesucht zum 1. Okt. von ruhigen Mietern, ältere Leute, **Zwei- bis Dreizimmerwohng.** im Pr. von 200—240 Mk. in der Nähe der Schwart. Allee. Off. u. **H 7** a. d. Exped.

Suche zu sofort

einen jungen Knecht

für leichte Arbeit.
J. Hamann. Adlerstraße 33 b.

Gesucht zu sofort

ein junges Tagesmädchen.

Anton Bökler, Friedenstraße 48.

Zu kaufen gesucht ein kompl. recht breiter Nachtstuhl
Angebote unter **B B B** an d. Expedition d. Bl.

Ein Haus mit 2 Wohnungen à 3 Zimmer und Zubehör außerdem Hofplatz mit massivem Stall zu verkaufen. Näheres Lützowstr. 16.

Ein alter Kachelofen

billig zu verkaufen. Kl. Bauhof 7.

---

1 Phonograph mit 21 Walzen

billig zu verkaufen. Kerckringstraße 38, I.

Ein gutspiel. Phonograph

mit 29 Walzen billig zu verkaufen.
Gneisenaustraße 1, II.

---

1 4flammig. Petroleumkocher

billig zu verkaufen. Wickedestr. 27, II. rechts.

Jeden Donnerstag nachmittag 5 Uhr:
Eimerbier-Verkauf
Cronsforder Allee 74 bei Ahrens.
Ernst Schnür.

II. Sorte Meiereibutter

à Pfund **1.10** und **1.15** Mk.

sowie sehr schöne Kochbutter

à Pfund **1.05** Mk.

Th. Storm, Königstraße 98. Telephon 473.

Verein der Gast- u. Schankwirte für Lübeck u. Umgegend.

11. Verbandstag

des

Norddeutschen Gastwirte-Verbandes

am 2., 3. und 4. Juli 1907

in Lübeck.

Dienstag, den 2. Juli, 1 Uhr mittags: Beginn der Verbands-Verhandlungen in der „Wakenitz-Bellevue". — **9 Uhr abends:** Bier-Kommers mit Konzert und Gesangsvorträgen im „Konzerthaus Fünfhausen".

Mittwoch, den 3. Juli, 9 Uhr morgens: Beginn der Verhandlungen in der „Wakenitz-Bellevue". — Daselbst während der Verbandstage: **Wirtsgewerbliche Ausstellung.** Hierzu freier Eintritt.

Donnerstag, den 4. Juli, 8 Uhr morgens: Eventl. Fortsetzung der Verhandlungen.

9 Uhr: Empfang der auswärtigen Gäste am Bahnhof Lübeck. Marsch mit Musik über die Wallanlagen nach der „Stadthalle". Daselbst gemeinsch. Frühstück. Nach dem Frühstück: Besichtigung der Ausstellung in der „Wakenitz-Bellevue" und der Sehenswürdigkeiten Lübecks.

1½ Uhr mittags: Sammeln zum Abmarsch nach Israelsdorf beim Kollegen **W. Rathmann,** Spielplatz, Burgtor.

2 Uhr: Abmarsch mit Musik nach Israelsdorf. Daselbst Volksbelustigungen aller Art. In der „Forsthalle" von 3—11 Uhr abends: Konzert.

Von 4 Uhr nachm. an: Tanzkränzchen bei den Kollegen **H. Wendt, F. Muuss** und **H. Dieckelmann.**

Extrawagen der elektrischen Straßenbahn stehen abends zur Verfügung.

Der Festausschuß und Vorstand
des Vereins der Gast- und Schankwirte für Lübeck und Umgegend.

Oeffentliche

Volks-Versammlung

am Freitag, den 28. Juni 1907,
abends 8½ Uhr
im Lokale „FLORA", Nebenhofstr.

Tages-Ordnung:

Arbeiterbewegung u. Konsumgenossenschaften.

Referent: Herr **H. Adam-Kiel,**
Geschäftsführer des Allgemeinen Konsumvereins für Kiel und Umgegend.

Für Schwartau, Rensefeld u. Umg.

findet am Sonnabend, den 29. Juni 1907,
abends 8½ Uhr
im Gasthof „Transvaal" eine

Mitglieder-Versammlung

des „Konsumvereins für Lübeck und Umgegend" statt.

Tages-Ordnung:

Der Wert und die Aufgaben der Konsumgenossenschaften.

Referent: Herr **H. Adam-Kiel.**

Zu dieser Versammlung sind sowohl Mitglieder und deren Frauen wie auch Nichtmitglieder, die sich für die Konsumvereinsbewegung interessieren, herzlichst eingeladen.

Um zahlreichen Besuch aller, denen eine Bewegung, wie die Konsumgenossenschaftsbewegung, nicht gleichgültig ist, bittet

Der Vorstand des Konsumvereins für Lübeck und Umg.

Eine ar. Witwe bittet um 20 Mk. gegen wöchentliche oder monatliche Rückzahlung.
Angebote unter **T** an die Expedition d. Bl.

Johannes Probst

Uhrmacher **Marlistraße 29**

Reparaturen unter Garantie prompt und billigst. Federn M. 1.50, Gläser v. 30 Pf. an.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 Otto Albers Kohlm. 10.
sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen . .	2,20—6,45
Maurerhosen . .	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen .	1,08—2,35
Zwirn-Hosen . .	1,68—3,25

leinene Jacken, schräge und gerade, **1,28**
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von **30** Pfg. bis 1,88 Mk.
Rote Lubecamarken.

Wilhelm-Theater.

Freitag: 40. Abonnements-Vorstellung.
Gastspiel Hofschauspieler H. Wahlberg.

Kean, oder
Genie und Leidenschaft.

Lustspiel in 5 Akten von Barnay.
Kean . . . . . H. Wahlberg.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: Jeder Platz 50 Pfg.
Einsame Menschen.

Achtung!

Lastadiearbeiter

Versammlung

am Freitag, den 28. Juni,
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-5

Tages-Ordnung wird in der Versammlu bekannt gemacht.

NB. Alle bei der Firma Goßmann Jürgens, Sägemühle, beschäftigten Arbeit haben in dieser Versammlung zu erscheine

Der Vorstand

Stadthallen-Theater.

Direktion: **Ludwig Piorkowski.**
Freitag, 28. Juni, Anfang 8 Uhr:
13. Abonnements-Vorstellung.
Zum 4. Male.
Durchschlagender Erfolg!
Fräulein Josette — meine Frau!
Lustspiel in 4 Akt. v. Gavault u. Charvey
Sonnabend, 29. Juni, Anfang 8 Uhr:
Jeder Platz 50 Pfg.
Gastspiel **Max Schütz.**
Husarenfieber.
Sonntag: 1. Operetten-Vorstellung.
Gastspiel **Max Schütz** und
Auftreten von Frau Direktor **Piorkowski**
Giroflé — Giroflá.
Operette in 3 Akten von Lecocq.
Billetvorverkauf bei **F. W. Kaibel** und **Otto Borchert,** Breitestraße, sowie an de Theaterkasse.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 147. Donnerstag, den 27. Juni 1907. 14. Jahrg.

An die Arbeiter aller Länder!

Als Nikolaus II. sich anschickte, die erste Friedenskonferenz einzuberufen, nahm seine Politik in Ostasien eine Richtung, die den Krieg mit Japan unvermeidlich machte.

Im selben Augenblick, als er die Huldigungen der zweiten Haager Konferenz empfing, befahl er die Auflösung der zweiten Duma.

Dies doppelte Zusammentreffen erhellt aufs beste die Komödie, die im Haag und in St. Petersburg gespielt wird. Der Hohn wird vollständig sein, wenn die dritte Konferenz in dem Palast tagen wird, der von dem Manne errichtet wurde, der als einer der ersten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika bewaffnete Polizisten gegen die Arbeiterklasse gebrauchte und vor der Welt seine Auffassung vom sozialen Frieden kundgab, indem er die Arbeiter seiner Fabriken, die Schöpfer seines ungeheueren Vermögens, erschießen ließ.

Seit langem hat das Proletariat die traditionelle Politik der russischen Regierung, der Hauptstütze aller Reaktion, aufgedeckt. Der äußere Friede, wie sie ihn versteht, das ist nicht die Unterdrückung des Krieges, das ist die Schwächung der Gegner und die Hegemonie des Zarismus. Der innere Frieden, wie sie ihn träumt, das ist das vergewaltigte Volk, das ist die verewigte Autokratie.

Nach der letzten Haager Konferenz ließ Nikolaus II. die Mandschurei verwüsten und die Greuel von Blagowetschensk verüben. Er brach den dem finnischen Volke geleisteten Eid und badete sich im Blute ganz Rußlands. Zu Riga stellte er die Tortur des Mittelalters wieder her; er ließ die armen Bauern Georgiens von der Soldateska ungestraft plündern und massakrieren; er erlaubte den Sbirren des Gefängnisses von Akatoni, mit Bajonettstichen die politischen Gefangenen anzufallen und zu töten. Während des Aufstandes in Moskau ließ er die Sanitätsabteilungen beschießen und lange nach dem Kampfe töteten die Garden seiner Majestät ohne jeglichen Prozeß die Eisenbahnangestellten, die sie in ihrer Berufsarbeit überraschten.

Der Zar hat gegen seine eigenen Untertanen gewütet, wie er sich schämen würde, gegen feindliche Soldaten zu handeln. Und dieses Haupt der kapitalistischen und kolonialen Räuberei gibt sich vor der Welt als das Sinnbild und die Personifikation des Rechts, das der Gewalt vorgeht, des herzlichen Einvernehmens, das an die Stelle des blutigen Kampfes tritt, des ewigen Friedensvertrags, der den brudermordenden Krieg verdrängt. Und wollte man zugeben, daß er aufrichtig sei, so könnte er seine Friedensabsichten nicht verwirklichen, weil der Militarismus nichts anderes ist als die vom Staat organisierte Bewaffnung, um die Arbeiterklasse unter dem wirtschaftlichen und politischen Joch der Bourgeoisklasse zu halten — weil in der kapitalistischen Ordnung die Kriege zwischen den Staaten gewöhnlich nur die Folgen ihrer Rivalität auf dem Weltmarkte sind, weil jede Macht sich nicht nur bemüht, die Märkte, die sie besitzt, sich zu erhalten, sondern auch neue zu erobern und das sehr oft durch die Unterjochung fremder Völker und die Beschlagnahme ihres Bodens. Die in Haag tagenden Diplomaten mögen sich umschauen. Sie werden dort die Herren Westafrikas an der Seite der Beherrscher Indiens, die Eroberer von Madagaskar neben den Ausbeutern des Kongogebietes und die Sieger der Mandschurei neben ihren unglücklichen Gegnern finden. Die Kriege, die zudem die Vorurteile begünstigen, die von den herrschenden Klassen systematisch genährt und unterhalten werden zu dem Zwecke, die Völker gegen einander zu hetzen, erscheinen dem Proletariat als das Wesen des Kapitalismus selbst und sie werden nicht verschwinden, denn mit der kapitalistischen Ausbeutung selbst. Die Arbeiterklasse ist dagegen die natürliche Feindin der Kriege, weil sie ihr Hauptopfer ist — sie muß ihm Gut- und Blutsteuer zahlen — und weil die Kriege dem Ziel des Sozialismus widerstreiten, der die Schaffung einer neuen Ordnung ist, die sich gründet auf die Solidarität der Arbeitenden, auf die Verbrüderung der Nationen, auf die Freiheit der Völker.

Als im Jahre 1871 Deutschland Elsaß-Lothringen annektierte, protestierten die Vertreter des sozialistischen Proletariats, Bebel und Liebknecht, gegen den Krieg und die Annexion.

Als im Jahre 1904 die Staaten Rußland und Japan Tausende junger Leben opferten, vereinigten sich zu Amsterdam die Vertreter des Proletariats Rußlands und Japans in brüderlicher Umarmung.

Im Jahre 1870, als die Kanonen an den Grenzen donnerten, schrieben die deutschen Arbeiter den französischen Arbeitern:

„Wir werden niemals vergessen, daß die Arbeiter aller Länder unsere Freunde und daß die Despoten aller Länder unsere Feinde sind."

Und die französischen Arbeiter antworteten den deutschen:

„Arbeiter Frankreichs! Arbeiter Deutschlands! Arbeiter Spaniens! Vereinigen wir unsere Stimmen in einem Schrei des Protestes gegen den Krieg!"

Das war die Sprache der ersten Arbeiter-Internationale; und das ist noch heute die Sprache der neuen Arbeiter-Internationale! Ihre Führer haben trotz Verleumdung und Verfolgung die Idee des Friedens unter den Nationen durch Taten vertreten, in denen sie systematisch alle Militärforderungen verweigert haben, und man weiß, daß am Tage, da die Arbeiter die Herren der Armeen sind, der Krieg tot ist. Deshalb fordern sie ohne Verzug die militärische Entwaffnung der Bourgeoisie und die Bewaffnung der Arbeiterklasse durch die allgemeine Volksbewaffnung. Jedesmal, wenn eine drohende Wolke am politischen Horizont erschien, hat die Arbeiterklasse in den Parlamenten und auf den Straßen durch ihre Abgeordneten und Kundgebungen interveniert, und sie ist entschlossen, am Tage der Gefahr so weit zu gehen als sie vermag, um dem Kriege vorzubeugen und ihn zu verhindern. Ihre Politik wird keine Widersprüche zeigen, und wie die englischen Arbeiter gegen ihre Regierung während des Transvaalkrieges auftraten, so wird man nicht zwei Fraktionen des internationalen Proletariats in zwei entgegengesetzten Lagern stehen sehen.

Stets hat die Arbeiter-Internationale den Grundsatz verteidigt, daß eine Regierung die Unabhängigkeit einer fremden Nation nicht bedrohen kann ohne Angriff auf die eigene Nation, ihre Arbeiterklasse und die internationale Arbeiterschaft. Deshalb kann die Friedensidee nur Fleisch und Bein annehmen und siegen durch den Fortschritt und die Verwirklichung der sozialistischen Idee. Der Krieg findet dagegen seinen besten Boden in der Stärkung des Absolutismus. Die Auflösung der Duma bedeutet unter diesen Gesichtspunkten eine Gefahr für ganz Europa. Sie hat niemand überrascht. Man ist gewöhnt, daß der Zarismus seine Verpflichtungen nicht hält, und an dem Tage, da er die Macht dazu besitzen wird, wird er gegen die anderen Völker handeln, wie er gegen das russische Volk gehandelt hat.

Nikolaus II. hatte an einem Tage der Gefahr die Freiheit versprochen. Aber als ihm die Gefahr weniger bedrohlich erschien, schickte er die erste Duma heim, die ihm nicht gelehrig genug schien. Er wollte ein Parlament von Lakaien. Die russische Regierung nahm vom Parlamentarismus das Wort, aber nicht das Wesen an. Um den Wünschen der Kamarilla und seines Herrn zu entsprechen, ließ Stolypin zunächst Unterdrückungsgesetze verkünden, die Wählerliste fälschen, seine Gegner einkerkern und ritterlich erlaubte der große Minister den schwarzen Banden, Frauen und Kinder zu massakrieren. Die Ereignisse zerstörten seine ministeriellen Berechnungen. Trotz der Unterdrückung und der Gewalttätigkeiten der Behörden wurde die zweite Duma noch radikaler als die erste. Sie enthielt mehr als 100 Deputierte, die sich zu verschiedenen Nuancen des Sozialismus bekannten. Am Tage nach den Wahlen war es augenscheinlich, daß die Tage der zweiten Duma gezählt waren. Aber Stolypin wollte ein guter Kerl sein und war so freundlich, das Fortbestehen der Duma zu gestatten, jedoch unter der Bedingung, daß sie darein willigte, alles zu tun, was die Regierung wünschte. Die Kadetten waren schwach genug, diesen Einflüsterungen nur zu oft nachzugeben. Sie stimmten gegen die Amnestie, sie weigerten sich, die amtlichen Mordtaten zu brandmarken, und sie wagten sogar nicht, ein Budget zu verwerfen, dessen Kontrolle man ihnen verweigerte. Sie baten die äußerste Linke himmelhoch, Herrn Stolypin jedes unangenehme Wort zu ersparen und sich mit einem Lächeln auf den Lippen verfolgen und knuten zu lassen. Der Chef des Kabinetts hatte von nun an leichtes Spiel; er ließ bei den Abgeordneten Haussuchungen veranstalten. Er ließ Telegramme fabrizieren, die im Namen des Volkes die Auflösung der Duma forderten. Er forderte Aufhebung der Öffentlichkeit derjenigen Sitzungen, die der Prüfung des Heereskontingents gewidmet waren. Er legte Sympathieerklärungen für die Polizei vor; er leistete sich den Luxus Verschwörungen gegen den Zaren und gegen die Sicherheit des Staats zu entdecken. Er forderte Verfolgungen en bloc ohne Prüfung und auf der Stelle. Die Vertreter der Bourgeoisie hatten selbst nicht den Mut, auf diese Unverschämtheit die Antwort zu geben, die sie verdiente und die Auflösung wurde ausgesprochen, ohne daß die Kadetten so glücklich gewesen wären, eine männliche Haltung einnehmen zu können.

Das organisierte Proletariat Rußlands hat die Aufgabe unternommen, die Antwort zu erteilen. Der Kampf gegen die Autokratie wird fortgesetzt werden ohne Waffenstillstand, und Sache der Arbeiter aller Länder wird es sein, den russischen Genossen in ihrem Kampfe zu Hilfe zu kommen. Die sozialistischen Deputierten im österreichischen Reichsrat haben bereits ihre Absicht angekündigt, die Regierung über die Folgen einer Auflösung zu interpellieren, deren Verwickelungen man schon voraussehen kann und von denen den Interessen der fremden Nationen Gefahr droht. Die Sozialisten Frankreichs werden nicht verfehlen, ihrer Regierung die feierlichen Verpflichtungen ins Gedächtnis zurückzurufen, die sie in Sachen der Anleihefrage übernommen hat. Die Sozialisten Großbritanniens, des Landes mit der parlamentarischen Tradition, werden am 14. Juli, dem Jahrestage des Bastillesturmes gegen die Folge von Staatsstreichen manifestieren, die deren Urheber nur durch Heucheleien und Lügen zu rechtfertigen versucht haben. Die Proletarier der anderen Nationen werden sich angelegen sein lassen, diese Bewegung zu unterstützen und ihren Mitgliedern ins Gedächtnis zu rufen, daß allein der Sozialismus der Friede ist, und daß unsere Parole jederzeit

In der russischen Bastille während der Revolution.

(Schluß.)

4. Juni 1906.

Jeden Morgen, nachdem ich geläutet habe, bekomme ich mein Handtuch ausgeliefert. Punkt acht Uhr wird mir das Frühstück gereicht. Statt des einen Pfund Schwarzbrot, das zur Ration gehört, lasse ich mir zwei Semmeln geben. Ich zahle zwar drei Kopeken drauf, erspare mir aber mindestens für drei Rubel Magendruck. Heute, um sieben Uhr früh, wie ich mir das Tuch geben ließ, reichten mir die Gendarmen zwei Stück Schwarzbrot. Ich dachte, das wäre ein Irrtum und erklärte: „Ich bekomme Weißbrot." Der Wärter schien etwas antworten zu wollen, doch nahm er schließlich das Brot schweigend zurück. Es wurde acht und ein Viertel auf neun — das Frühstück wurde nicht gebracht. Das war mir, bei der peinlichen Genauigkeit, die man hier sonst beobachtet, auffallend. Es schlug drei Viertel auf der Turmuhr, als die Lade meiner Tür aufgeklappt und mir mein Tee hineingeschoben wurde. Aber ohne Semmeln. Die Semmeln — hieß es — seien noch nicht da.

Diese kleine Störung des Betriebes brachte mich auf die seltsamsten Gedanken. Ich stellte folgende Betrachtung an: Die Festung hat sicher eine eigene Großbäckerei. Da aber die Garnison nur Schwarzbrot gebraucht, so werden wohl die Semmeln aus einer Privatbäckerei bezogen. Ja, das muß wohl so sein, da die Semmeln morgens früh ankommen und es doch keinen Sinn hat — für höchstens etliche Dutzend Semmeln Nachtbetrieb in der Bäckerei einzurichten. Eine Privatbäckerei wird aber unmöglich ihre Kunden ohne Semmeln lassen, sie wird sich schon irgendwie zu helfen wissen. Oder denn, die einzige Möglichkeit — es wird gestreikt. Dann aber — aber erst muß ich doch sehen, ob ich wirklich keine Semmeln bekomme!

Um halb zehn wurden mir meine Semmeln gereicht, ber — welche Freude! — sie waren von gestern. Also wurde nachts nicht gebacken! Und deshalb wußte man schon um sieben Uhr früh, daß es heute keine frischen Semmeln geben wird und reichte mir das Schwarzbrot . . .

Mein Schreiben wurde durch einen gellenden Schrei unterbrochen. Erst konnte ich es nicht fassen. Es schien von außen zu kommen. Eine helle, schluchzende Frauenstimme. Dann schoß es mir durch den Kopf: es ist jemand von meinen Genossen. Ich lief zur Tür und läutete. Zugleich begann es von allen Seiten zu läuten. Wir pochten an die Türen aus allen Kräften. Da wurde meine Türlade aufgemacht. — Ich sah die verstörten Gesichter der Gendarmen. „Was geschieht da?" fragte ich. „Sie weint", war die Antwort. „Wer?" — „Da, über drei Nummern von hier." „Weshalb weint sie?" — „Saskutschala dolschno bit" — was in deutscher Übersetzung etwa heißen würde: die Sehnsucht wird sie wohl ergriffen haben. Ich frug weiter, um vielleicht zu erraten, wer das war. „Ist sie jung?" — „Nein, nicht mehr ganz." — Und die Türlade wurde wieder zugemacht. Ich legte mein Ohr an den Türschlitz, durch den wir gewöhnlich beobachtet wurden und horchte gespannt. Es war hysterisches Schluchzen und hastiges Klagen, das ich nicht entwirren konnte. Einmal glaubte ich zu hören: „Ich gehe nicht spazieren." Da erinnerte ich mich, schon früher zufällig erfahren zu haben, daß Nr. 52 — das wäre gerade über drei Nummern von mir — niemals spazieren geht. Ich horchte und horchte. Was auch die Veranlassung des hysterischen Anfalls gewesen sein mag — die Frage war jetzt, ob man meine Genossin gewähren läßt, bis sie sich beruhigt, oder womöglich noch straft, in den Dunkelarrest bringt oder sonst mit ihr brutal verfährt. — Noch lange hörte ich sie schluchzen. Sie ließ etwas nach, dann erhob sie wieder die Stimme; dann kam es wieder leise und allmählich schien sie sich zu beruhigen. Noch jetzt glaube ich ab und zu ihre Stimme durch die Lucke meines Fensters zu hören. Doch bin ich dessen nicht ganz sicher. Denn ich habe seitdem Sinnestäuschungen und jeder Pfiff draußen, das Girren der Tauben, erscheint mir wie eine weinende Frauenstimme.

Also gibt es unter den hier Eingeschlossenen auch Frauen. Wer bist du, kranke Freundin? Wie lange bist du schon hier eingemauert? Siehst du noch eine Hoffnung in der Ferne? Oder ist für dich alles abgeschlossen und dein banges Herz krampft sich zusammen vor der grauen Öde der Jahre, die dir bevorstehen? Vielleicht aber auch ist es nicht das, und es ist bloß die große Sehnsucht nach Menschen und nach Tätigkeit, die dir den Atem benimmt, so daß du aufschreien mußt? Keine Antwort. Es ist wieder alles still . . . . .

Nun wollen wir uns wieder unseren früheren Betrachtungen zuwenden, das ist den Seifenblasen einer höchst subjektiven Logik, die ich sorgsam aufsteigen lasse, um auf ihnen in den Himmel meiner Hoffnungen zu gelangen. Also, die Festungsverwaltung wußte, daß in der Bäckerei, die ihr die Semmeln liefert, heute nacht nicht gebacken wurde, sie traf Vorsorge, um sich Semmeln anderweitig zu beschaffen; konnte aber nur solche von gestern bekommen. Dies würde beweisen, daß der Bäckerstreik mehr oder weniger allgemein ist. Dann aber ist es sicher, wie die Dinge jetzt in Rußland stehen, kein einfacher Bäckerstreik, sondern ein allgemeiner politischer Streik, der gleich mit einem Bäckerstreik einsetzt, was einen sehr schönen Anfang bedeutet. Überlegen wir es uns weiter. Gestern war Samstag — also Zahltag, und zwar Zahltag gleich nach Monatsschluß — insofern ein durchaus gut gewählter Augenblick zum Beginn des Massenstreiks. So weit — meine Logik. Nun wollen wir es morgen nachprüfen. Zunächst — um sechs und um sieben Uhr früh — höre ich die Dampfpfeifen der Fabriken. Also aufpassen, ob morgen die Pfeifen schweigen. Und dann wollen wir sehen, ob ich morgen frische Semmeln bekomme.

Ich frug wieder die Gendarmen nach der Kranken. „Gott sei Dank, sie hat sich beruhigt," sagten sie. Ich frug, ob sie schon lange hier sei. „Das dürfen wir nicht sagen," äußerte der eine; der andere sagte: „Schon lange." Ich frug: „Wie viele Monate?" Keine Antwort. Ich erkundigte mich nach ihrer Haarfarbe. Achselzucken und keine Antwort. „So seid doch Menschen," sagte ich, „es ist vielleicht eine Bekannte von mir." — „Wir dürfen nicht," war die Antwort. Ich erfuhr nur noch, daß der Arzt bei ihr war und daß sie sich wirklich beruhigte.

5. Juni 1906.

Ich hörte die Fabrikpfeifen — um fünf, um sechs, um sieben Uhr —, das wollte gar kein Ende nehmen. Aber mein Frühstück bekam ich um halb neun Uhr erst und die Semmeln waren erfreulich hart und zäh — zweifellos von vorgestern. Wird nun gestreikt oder nicht? Die Fabrikpfiffe beweisen noch keineswegs das Gegenteil. Allerdings, blieben die Fabriken still, so wäre das ein untrüglicher Beweis, daß gestreikt wird. Aber im Falle eines Streiks blieben noch immer Angestellte und Werkmeister in der Fabrik. Der Dampf wurde sicher aus den Kesseln nicht ausgelassen, weil man ja sonst, bei Abschluß des Streiks, nicht könnte sofort die Arbeit wieder aufnehmen — und so wird halt gepfiffen, weil es nun einmal so eingeführt ist und in der Hoffnung, daß vielleicht doch Arbeiter sich einstellen werden.

Nun wird wieder gepfiffen und getutet, obwohl es gar nicht an der Zeit ist. Langgedehnte Töne, die sich hilflos

lautet: Nieder mit der Autokratie! Es lebe die russische Revolution!

Das Exekutivkomitee
des internationalen sozialistischen Bureaus
(Belgien).

Eduard Anseele. Emil Vandervelde.
Camille Huysmans, Sekretär.

Das Ende vom Lied.

Aus Charbin wird der „Frankfurter Zeitung" ein überaus bemerkenswerter Bericht gesandt: Mit Ausnahme der Eisenbahnwachen haben sämtliche russische Truppen seit dem 18. März die nördliche Mandschurei geräumt. Den südlichsten Posten — Kuang-cheng-dzé — hielten bis zu diesem Termin noch das Infanterieregiment Borodino und das Kosakenregiment Tschita besetzt, denn bis zum letzten Augenblick konnten die Russen sich mit den Japanern nicht über die Grenzregulierung klar werden und Ende Dezember schien die Stimmung wieder so gespannt, daß sogar Kriegsgerüchte neuerdings laut wurden und Hoffnung in die Herzen der Kaufmannschaft einzog. Heute hingegen sind die drohenden Wolken durch sehr verständiges Nachgehen von beiden Teilen zerstreut und es erübrigt für die zivile Bevölkerung des von den Russen bewohnten Gebiets nur noch eine klägliche Bilanz über die Wendung der Dinge zu ziehen.

Charbin — diese echt russische Schöpfung, welche in geometrischer Progression angewachsen war, steht vor dem Ruin und die hochgespannten Hoffnungen, welche man ihrer natürlichen Lage wegen auf diesen Platz baute, sind als völlig gescheitert zu betrachten. Gegründet wurde die Stadt im Jahre 1900 und zwar auf echt russisch-unpraktische Weise in einer Entfernung von fünf Werst vom schiffbaren Sungari. Vorerst nur ein Lager für die Grenzwachen und eine Zentralstelle für die Bahnbauten. Es waren etwa 2000 Russen und einige Dutzend Fremde, welche im „Stary Charbin" (Alten Charbin) wohnten, und zwar Soldaten. Im Jahre 1901, nach Beendigung des Boxeraufstandes und Fertigstellung der Bahn waren es erst 5000. Kleine Händler, russische Juden, Armenier. Griechen und Kaukasier bauten Schuppen und Bretterbuden, kauften Rohprodukte von den Chinesen und verhandelten an diese wieder europäische Schundware. Inzwischen wurde auch die Linie nach Wladiwostok fertig, der Sungari wurde von Charbin bis zum Amur schiffbar gemacht, die Chinesen begannen ihre Weizenernte nach dem Hafen von Charbin, dem Pristan, zu bringen und da dieser vom alten Charbin volle acht Werst entfernt war, so richtete man halbwegs zwischen beiden Niederlassungen die Hauptstation für die Bahnen, die Verwaltungsgebäude für Zivil- und Militäradministration und ein Villenviertel für Offiziere und Beamte sowie einige Lazarette ein.

Nun hatte man endlich nach vier Jahren Arbeit, nach Ausgaben von mindestens dreißig Millionen Rubel (der Bahnhof im Werte von $1\frac{1}{2}$ Million ist mit 8 Millionen Rubel berechnet worden!) drei verschiedene Städte, auf etwa 30 Quadratwerst verteilt, und da keine Stadtverwaltung gestattet wurde und das Wohl und Wehe der Neugründung lediglich dem guten Willen der Eisenbahnverwaltung überlassen blieb, so baute man einige wahre Paläste im Jugendstil für Administrationen und die Chefs der Verwaltung, ließ jedoch die Straßen im Urzustande, überließ die Beleuchtung den wechselnden Gestirnen und im Frühjahre 1904 war die Kopfzahl der Bevölkerung, die sich zu drei Vierteln aus entlassenen und entsprungenen Sträflingen sowie zugezogenen Chinesen rekrutierte, etwa auf 30 000 Köpfe angewachsen, welche als Arbeiter, Unternehmer und Händler für die Bahnwerkstätten und die Grenzwachgarnison ihr Auskommen finden konnte. Bemerkt muß noch werden, daß zwar die Bahnlinien bereits in Betrieb waren, daß jedoch noch die Hälfte der Oberbauten zu vollenden war. Diese mußten im Jahre 1905 fertig werden und etwa 10 000 Menschen wären dann gezwungen gewesen, sich anderwärts Arbeit zu suchen. Die Millionen und Abermillionen, welche die russische Regierung nach der Mandschurei gesendet hatte, hätten außerdem noch einige Jahre lang nachgewirkt, um den Handel Charbins zu stützen, bis das Hinterland, die Mongolei, erschlossen und ausgebeutet werden konnte, aber selbst im besten Falle konnte Charbin niemals mehr werden als ein größerer Durchgangsplatz nach dem Wladiwostokgebiet, da es in ganz steriler und äußerst schwach bewohnter Steppe liegt, weder Holz noch Kohlen in der Nähe gefunden werden und eine eingesessene chinesische Bevölkerung vorläufig fehlt. Was man an Gelben dort findet sind nur Kulis und keine einzige große chinesische Bank oder Exportfirma hatte sich vor dem Kriege dort etabliert. Zwei Dampfmühlen, welche ihr Getreide aus dem von chinesischen Einwanderern okkupierten Gebiete des Mongolenfürsten der Nordgorlos bezogen, genügten vollauf für den Mehlbedarf.

Nun kam der Krieg. Einundeinhalb Millionen Menschen und dreieinhalb Milliarden Rubel ergossen sich über die Mandschurei. Sie alle — Geld sowie Menschen — passierten Charbin, und beide ließen dort ihre Abfälle zurück. Charbin wurde das Eden der Lieferanten, der Abenteurer, der Verbrecher. Zwanzigtausend Dirnen aller Länder, aller Nationen und Hautfarben, darunter sogar Negerinnen, triumphierten in dem wüsten Getriebe, wie es unsere Zeit zum zweitenmal gewiß nicht mehr sehen wird. Über ein Dutzend Café concerts schossen aus dem morastigen Boden des Pristan und die Preise stiegen ins Ungemessene. Zu gewissen Zeiten kostete die Flasche Champagner — ob echt oder gefälscht — 35 Rubel! d. h. 75 Mark!, die gewöhnlichste Marke Rotwein 20 Mk., das billigste Zimmer in einem Hotel, d. h. ein Bretterverschlag, feucht und voll Ungeziefer 10 Rubel, wenn ein Lager überhaupt zu erhalten war. Im Theater, Zirkus usw. der 1. Platz 12 Rubel, die Loge 35! Die Preise waren nach Friedensschluß nur sehr langsam gefallen und bis zum Sommer 1906 war der Lebensstandard eines Fremden in Charbin für die bescheidensten Verhältnisse noch 300 bis 350 Rubel im Monat. Das Geld war zum Teil noch da. Die schlauesten Besucher waren zweifellos die Dirnen gewesen und Millionen sind in Brillanten von Charbin weggetragen worden. Ein guter Prozentsatz dieser Damen hat russische Offiziere oder Beamte geheiratet, manche von letzteren sind im Dienst geblieben und bloß versetzt worden, nur wenige hat man kassiert. Aber bleiben mußte die Kaufmannschaft. Diese — mit nur einigen Ausnahmen, wie die deutschen Firmen Kunst und Albers, Tielemans, Knappe und die russische Firma Tschurin — waren erst zu Beginn des Krieges gegründet worden, hatten sich mit den ersten verdienten zehntausend Rubeln große Magazine gebaut, in die Hunderttausende Kredit genommen, und da wirklich fabelhaft während des Krieges verdient wurde, hatten sie sich im tollen Wirbeltanz des Genusses mitreißen lassen und den größten Teil ihres Gewinnes verjubelt und verspielt, als müsse der Krieg ewig währen. Die Niederlagen der russischen Armeen im Süden wurden in Charbin mit Jubel begrüßt, denn immer näher kamen die Riesenheere dem Norden und alle anderen Plätze wurden als Lieferungspunkte damit ausgeschaltet. Charbin bereitete sich auf eine Belagerung vor, Riesenreserven wurden aufgestapelt und im Durchschnitte mochte die fluktuierende Militär- und Zivilbevölkerung 200 000 bis 250 000 Köpfe betragen haben. Ein Korps, vierzehn Lazarette, Reservemagazine für mehr denn eine Million Menschen und 300 000 Pferde und zwei neue Städte, sowie ein stadtartiges Materiallager wurden eilig erbaut. Sechzehn Mühlen im Bauwerte von vierzig Millionen wurden in wenigen Monaten in Betrieb gesetzt — da das Pud Getreide in den teuersten Zeiten nur 80 Kopeken kostete, das Mehl jedoch pro Pud bis auf 4 Rubel 20 Kopeken stieg, so arbeiteten die Mühlen mit kolossalem Gewinn. Sechs Monate nach Friedensschluß waren kaum mehr als 300 000 Mann russischer Truppen in der Nordmandschurei. Aber Millionen von Rubeln waren noch in den Händen der Leute. „Die Mandschurei sollte freies Gebiet werden, die „Fremden" würden kommen — Charbin könne und würde nicht zu Grunde gehen." Und man tracierte weit draußen — jenseits der Bahn eine sechste Stadt „das Settlement der Fremden" und hoffte, daß mit diesen neue Millionen nach Charbin kommen würden. Wer noch Geld hatte, baute in fieberhafter Eile neue Häuser — im grundlosen Schlick des Pristan natürlich ungenügend fundiert und der Wert der Bauplätze stieg noch immer. Niemand dachte daran, seine Zelte abzubrechen und anderes Manöverterrain aufzusuchen, nachdem jenes von Charbin ausgenutzt war.

Ein Jahr nach Friedensschluß waren die Warenwerte so gesunken, daß man alles zu Schleuderpreisen erhalten konnte. Von den sechzehn Mühlen sind vierzehn zugrunde gegangen und zwei am Aussterben. Von den vierzehn Chantants mimen noch drei und mit Unterbrechungen, wenn gerade gepfändet wird. An einem einzigen Morgen hat man im Januar zweiundzwanzig Leichen von Ermordeten in den Straßen gefunden. Beim Sennet, dem Pariser Juwelier, ist dreimal, im Herzen der Stadt, am hellen Tage durch bewaffnete Banden geraubt worden. Standrecht und Erschießungen haben beginnen müssen. Jeder Kredit ist aufgehoben. Selbst Millionenhäuser gewähren und verlangen von einander weder Kredit in Geld noch in Ware. Unmöglich, in Charbin sich etwas zu bestellen ohne Voreinsendung des Betrages. Die Fremden aber kommen noch immer nicht. Hunderttundfünfzigtausend Russen und Chinesen bevölkern heute Charbin. Hundertundzwanzigtausend von ihnen verdienen seit einem halben Jahre keine Kopeke mehr. Die Bahn nach dem Süden ist unterbrochen, die Japaner haben den Handel im Süden monopolisiert. An Konsulaten sind bisher nur das russische und amerikanische (letzteres einzig und allein politische Agentur) eingezogen. Die Bahn mit allen Ober- und Unterbauten ist fertig, entläßt Beamte und schränkt ihre Ausgaben auf ein Minimum ein. An die Erschließung der Mongolei denkt niemand. Die russisch-chinesische Bank, die an den Mühlen Millionen verloren hat, will sich nicht mehr die Finger verbrennen und die einzigen gut fundierten Firmen treiben nur Import. Außerdem ist der Russe für den Handel in fremdem Gebiete, wie es die Mongolei ist, zu schwerfällig, und ein rentables Geschäft mit der Mongolei würde ein Stammkapital von Millionen erfordern.

Wovon soll nun die Bevölkerung Charbins leben. Wozu sollen Fremde noch dazu kommen, wenn die jetzige Einwohnerschaft bereits am Hungertuche nagt! Zirkus Barowsky — bei seiner Ankunft in Charbin 1903 pumpt sich der Direktor „fünfzig" Rubel, um seine Vorstellungen beginnen zu können. Vier Wochen später sucht er neuen Kredit von 200 Rubel, wird aber überall abgewiesen. Verdient im Krieg über eine Million Rubel — fährt nicht zur rechten Zeit ab und im Dezember treffe ich ihn in Wladiwostok ohne Pferde, ohne Kredit, ohne Geld. So geht es weiter von A. bis Z. Nur das Ausland, das durch falsche Berichte getäuscht ist, gibt noch Charbin Waren auf Kredit, die hier zu Ramschpreisen verschleudert werden. In der russisch-chinesischen Bank ist eine Einlage von fünfhundert Rubeln ein Tagesereignis. Export gibt es keinen und wird es etwa erst in zwanzig Jahren geben, wenn das ganze Gebiet durch die rasend zuströmende chinesische Einwanderung fruchtbar gemacht sein wird. Dann wird aber auch der Export durch die Hand der Chinesen gehen. Minen gibt es zwar in Menge — besonders Gold, diese sind aber Eigentum des Pekinger Hofes — eine Konzession an Fremde wird nicht erteilt, sie werden durch Chinesen ausgebeutet und sind für Fremde geschlossen. Holz liefern Korea und Japan und auch das Ussurigebiet für den Export weitaus billiger als die Mandschurei. Die Landwege sind miserabel, der Sungari von Oktober bis Mai nicht befahrbar. Der Kubikfaden Holz kostete im Winter 1905 bis 1906 bis 25 Rubel, jetzt in Charbin etwa 28 bis 30. Fischerei wäre prächtig im Chingan, der aber in der Mongolei liegt und große Kapitalien erfordern würde, selbst wenn die Mongolenkönige Konzessionen erteilen würden.

---

in der Unendlichkeit verlieren. Die Fabrik stöhnt. Sie seufzt nach ihren Arbeitern. Die eiserne Maschinerie verlangt nach dem Menschenmaterial, dessen Nerven sie in Stoffe oder sonstiges Zeug zu verarbeiten hat.

Ich frug meine Cerberuse — die übrigens seit gestern etwas zugänglicher sind, Mitleid adelt —, weshalb es den zweiten Tag schon keine frischen Semmeln gibt? „Nein, wirklich?" war die Antwort, als wenn sie von nichts wüßten. „Die Semmeln werden doch nicht hier gebacken, sondern aus der Stadt gebracht?" setzte ich wieder ein. „Jawohl, jeden Morgen werden sie gebracht." — „Dann wird wohl gestreikt?" drängte ich. „Wir wissen nichts. . . ."

Die Fabriken pfeifen heute den ganzen Tag über. Das macht mich doch zweifelnd. Sonntags, wenn wirklich nicht gearbeitet wird, ist alles still. Der morgige Tag wird mir die Gewißheit bringen. Bekomme ich dann noch keine frische Semmeln, dann ist es unbedingt ein Streik.

Heute hörte ich wieder unsere Kranke. Sie wimmerte erst und schluchzte dann auf. Doch diesmal ging es schnell vorbei. Sie ist übrigens nicht auf Nr. 52, sondern auf Nummer 54, und hat — schwarze Haare. Ich vermute, es ist die Sekretärin des Arbeiterdelegiertenrates, die — mit den übrigen — am 3. Dezember verhaftet wurde. Sie war so genau und aufmerksam und hatte stets ein munteres und arbeitsfreudiges Gesicht. Man muß jene überfüllten, aufgeregten Versammlungen, die oft bis früh 3 Uhr dauerten, mitgemacht haben, um zu begreifen, welche geistige Elastizität und Selbstbeherrschung dazu gehörten, um ihren Verlauf zu verfolgen und schriftlich wiederzugeben. Sollte sie es wirklich sein?

Ich bekam heute ein Schriftstück vom Polizeidepartement. Es hieß darin, mein Gesuch, mir eine Unterredung mit meinem Verleger zu gestatten, sei abschlägig beschieden, da ich die Möglichkeit besitze, meine Angelegenheiten mit dem Verleger schriftlich zu erledigen. Notabene: Die Antwort war nicht an mich persönlich gerichtet, sondern an „Seine hohe Exzellenz" den Kommandanten der Festung, er möge es mir mitteilen. Also nicht mehr persönlich im Rechtsverkehr mit den Behörden, sondern ich bin nur noch der Gefangene des Kommandanten. Dabei bin ich kein Galeerensträfling, sondern bloß Untersuchungsgefangener in Rußland, das ja auch seit einiger Zeit zu den parlamentarischen Staaten gehört.

Was nun das Schreiben des Polizeidepartements anbetrifft, so enthält es viel mehr, als sein einfacher Inhalt vermuten läßt. Mein Gesuch ging in den ersten Tagen des Mai ab. Am fünfzehnten Mai hatte ich, laut Vertrag, das Manuskript zu liefern. Mein Gesuch war also dringend. Außerdem, da es sich um die Herausgabe meiner gesammelten Werke handelte, der Vertrag ziemlich weitgehende und mannigfaltige Verpflichtungen für beide Teile. Das alles, unter Angabe der nötigen Details, berichtigte ich dem Polizeidepartement. Dieses jedoch rührte sich nicht. Sodann weiß ich bestimmt, daß das Polizeidepartement bis jetzt von allen meinen zahlreichen Briefen, Geschäftsbriefen und in Familienangelegenheiten, nicht einen einzigen abgeliefert hat. Es antwortete auch auf meine sonstigen Gesuche seit anderthalb Monaten nicht. Ich hatte den Eindruck, als wenn meine Stimme sich in der Wüste verlöre. Nun auf einmal bekomme ich Bescheid, und zwar enthält ja die abschlägige Antwort auch eine Zustimmung, nämlich die, meine Korrespondenz mit dem Verleger zu vermitteln. Was bedeutet das? Ich habe bereits die Wahrnehmung gemacht, daß das Polizeidepartement sich nur dann rührt, wenn draußen ein für uns günstigerer Wind weht. So bekam ich den ersten Brief von meiner Freundin am 25. April zugestellt — am 27. aber war die Eröffnung der Reichsduma und man damals allgemein die Amnestie erwartete. Dann, nachdem ich schon wieder jede Hoffnung auf eine Verbindung mit der Außenwelt verloren hatte, brachte man mir am 14. Mai wieder einen Brief, aus dem ich erfuhr, daß an mich Dutzende von Briefen abgingen, aber auch, daß man ganz bestimmt am 14. Mai unsere Freilassung erwartet. Es war freilich wieder nichts. Und jetzt meldete sich das Polizeidepartement abermals. Was geht vor? Wenn die Kerle mir doch wenigstens einen Brief meiner Freundin herausgeben würden — das wäre an und für sich eine angenehme Überraschung.

6. Juni 1906.

Es wird gestreikt! Die Semmeln waren heute wie aus gebranntem Kalk, mit einer Tonglasur. Fehlt es aber hier an Semmeln, so gibt es in der Stadt kein Brot. Und so ist es denn ein politischer Massenstreik. Weshalb sind aber die Fabriken noch immer nicht still? Arbeitet ein Teil? Braucht der Streik noch immer Zeit, sich auszudehnen? . . .

7. Juni 1906.

Die Semmeln waren heute nicht anders wie gestern. Allein die Fabriken wollen immer noch nicht verstummen. Ich weiß nicht, woran ich bin.

7. Juni 1906.

Es wird gestreikt! Heute früh — keine Semmeln. Ich drängte, weshalb. Der Bäcker — hieß es — hätte keine gebracht. — „Also wird gestreikt?" Achselzucken und — „es geschieht nichts Besonderes". Um zehn Uhr wurde ich gefragt, ob man mir nicht Weißbrot bringen soll, denn Semmeln wird es keine geben. Ich bejahte und bekam Weißbrot, das noch warm war. „Das wurde hier gebacken?" meinte ich. „Nein, hier wird nur Schwarzbrot gebacken; dieses kommt vom Bäcker." Daraus ergibt sich: um den dringenden Festungsbedarf zu decken, hat der Bäcker vielleicht selbst mit Hilfe etlicher Streikbrecher etwas Weißbrot gebacken — Semmeln bekommt er keine, denn seine Arbeiter streiken. Ich ließ den Gefängnisinspektor zu mir kommen. Ich habe mir schon längst einen Wunschzettel zusammengestellt. Und so unter anderem frug ich, weshalb es keine Semmeln mehr gibt. — „Der Bäcker liefert keine." — „Also wird gestreikt?" — Als Antwort — beredtes Schweigen. Denn, gäbe es keinen Streik, weshalb sollte er es nicht unumwunden sagen? Es wird gestreikt! Dabei pfeifen jede Stunde die Fabriken. Das scheint so hin und her zu wogen — zwischen Arbeiten und die Arbeit ruhen lassen.

Ich richtete heute an das Polizeidepartement folgendes Schreiben:

„Ich will dahingestellt sein lassen, inwiefern es im Interesse des gegen mich eingeleiteten Strafprozesses wirklich notwendig war, mir eine geschäftliche Unterredung mit dem Verlagsbuchhändler G. zu verweigern, und benutze Ihren Hinweis, um mich an ihn schriftlich zu wenden. Ich lege demnach diesem Schreiben einen Brief an den Verleger bei. Da jedoch das Polizeidepartement keinen einzigen meiner Briefe, die sämtlich, gemäß Artikel 232 der Bestimmungen über Personen, die sich in Haft befinden, sich ausschließlich auf mein Vermögen und meine Person bezogen, an den Adressaten auslieferte, so mache ich auf diesen Umstand das nämliche Polizeidepartement aufmerksam. Außerdem bringe ich in Erinnerung mein Gesuch, dem Verleger G. die ihm gehörigen Übersetzungen meiner Broschüren auszuliefern."

Diese Übersetzungen wurden nämlich gerade am Tage vor der Verhaftung vom Verleger mir zur Durchsicht übergeben. Der Polizeihauptmann nahm sie mit und der Staatsanwalt behielt sie, trotzdem sie in gar keinem Zusammenhang mit dem Prozeß standen, nicht von mir herrührten und Eigentum des unbeteiligten Dritten, des Verlegers waren, auch nichts Strafbares enthielten.

* * *

Am 8. Juli war die letzte Aufzeichnung in meinem Tagebuch. Ich wurde aber erst am 10. Juli aus der Festung entlassen.

Steinkohle ist in Menge vorhanden, ebenso Bimsstein, aber wegen der mangelhaften Verbindungen nicht rentabel.

Summa Summarum! Die Nordmandschurei ist vorläufig mit Europäern überfüllt, welche nichts zu leben haben. Das europäische Kapital muß unter allen Umständen noch einige Jahre warten, ehe es hierher eine Kopeke riskiert, denn erst, wenn die Flut der Abenteurer sich verlaufen oder „gesettelt" hat, wenn die Sicherheitszustände gebessert und die politische Lage auf Jahre hinaus geklärt ist — was sie heute noch immer nicht ist — wird es möglich sein, gewinnbringende Unternehmungen hier zu versuchen. Und auch dann wird es nötig sein, mit den schlechtesten Konstellationen — d. h. innere Wirren und ungenügendem Rechtsschutz, zu rechnen, ehe man dasselbe verdienen wird, was man in den freien Plätzen China ohne Risiko erwerben kann.

Soziales und Parteileben.

Die Generalversammlung der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine. In Verbindung mit dem vierten ordentlichen Genossenschaftstage fand am Donnerstag, 20. Juni, von vormittags 9 Uhr ab in der städtischen Tonhalle zu Düsseldorf die Generalversammlung der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine unter dem Vorsitz von Kaltofen-Dresden statt. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 197 Mitgliedern der Gesellschaft. Der von Herrn Geschäftsführer Seifert vorgetragene Geschäftsbericht, welcher eine Steigerung des Warenumsatzes von 38 auf 46 Millionen Mark konstatiert und welchem hinzugefügt werden konnte, daß im neuen Jahre bereits wieder eine Steigerung um 5 Millionen gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres stattgefunden hat, wurde mit Befriedigung entgegengenommen und den Geschäftsführern einstimmig Entlastung erteilt. Das Kapital wurde 46,5 mal, das Warenlager 17,4 mal umgeschlagen. Die Bestrebungen zur Errichtung einer Seifenfabrik sind zunächst gescheitert, indem auch das Herzogliche Landesverwaltungsgericht in Dessau die gegen die geplante Anlage erhobenen Einwendungen als begründet erachtet hat, sie soll aber deswegen nicht aufgegeben werden. Die Verteilung des Reingewinns von 281 070,09 Mk. fand in der vorgeschlagenen Weise die Genehmigung der Versammlung, so daß nach Abzug der Verzinsung des eingezahlten Kapitals und nach Berücksichtigung des Reservefonds sowie des Dispositionsfonds mit zusammen 98 604 Mk. auf den dividendenberechtigten Umsatz der angeschlossenen Vereine 2 pro Mille, auf den Umsatz der nichtangeschlossenen Vereine 1 pro Mille zurückgewährt und die verbleibenden 63 474,25 Mk. zu weiteren Rücklagen verwendet werden. Auf Inventarkonto wurde das gesamte zu erneuernde Inventar abgeschrieben. Als Revisor wurde Verbandsdirektor Heins-Bremen wiedergewählt. In bezug auf die Ausgestaltung des Aufsichtsrates lagen Anträge vor auf Vermehrung um zwei, um vier und um sechs Personen. Die Versammlung entschied sich für eine Vermehrung des Aufsichtsrates um sechs Mitglieder und es erfolgte hierauf, da statutenmäßig fünf Herren auszuscheiden hatten, die Neuwahl von elf Aufsichtsratsmitgliedern und drei Ersatzpersonen. In Verbindung hiermit beschloß man, die Remuneration des Aufsichtsrates, der verstärkten Kopfzahl entsprechend, um zwei Drittel des bisherigen Betrages zu erhöhen. Die bei dem Bau des Lagerhauses in Düsseldorf durch veränderte Ausführung und Mehrarbeiten entstehenden höheren Kosten wurden nach Darlegung der Verhältnisse durch Geschäftsführer Lorenz einstimmig bewilligt. Insonderheit hat man sich ein weit größeres Areal gesichert, als zunächst gebraucht wird, um bei einer später sich nötig machenden Vergrößerung keine Schwierigkeiten zu haben. Die Regelung des Gehaltes der Geschäftsführer wurde in der vom Aufsichtsrat vorgeschlagenen Gestalt angenommen, so daß ein Höchstgehalt von 12 000 Mk. festgesetzt wurde, und als Ort der nächstjährigen General-Versammlung Eisenach bestimmt. Ferner wurde eine aus der Mitte der Versammlung beantragte Resolution angenommen, wodurch man es ablehnt, den von dem Verband der Fabrikanten von Markenartikeln gestellten Bedingungen beizutreten, und die Konsumvereine ersucht werden, die Großeinkaufs-Gesellschaft in dieser Stellungnahme unbedingt zu unterstützen, unter anderm durch Einführung von Ersatzware für solche Artikel, deren Lieferung etwa vom Markenartikelverband aus Anlaß der Verweigerung des geforderten Reverses seitens der Großeinkaufsgesellschaft gesperrt und seitens der Fabriken versagt werden sollte. Endlich wurde zur Abtretung von mehreren Stammanteilen die Genehmigung der Generalversammlung eingeholt. Erst gegen 5 Uhr nachmittags fand die Versammlung ihr Ende.

Die Polizei belästigt — die anderen ins Gefängnis! In Chemnitz kämpfen die Maurer um den Zehnstundentag und 50 Pf. Stundenlohn. Am 27. Mai kam es aus nichtiger Ursache zwischen Streikenden und einem Schutzmannsposten zu einem Zusammenstoß. Ein Streikender hatte sich nicht sofort auf die Aufforderung des Schutzmannes von seinem Streikposten (!) entfernt, er wurde arretiert und da es gerade um die siebente Abendstunde war, sammelte sich eine Menge Arbeitsleute an. Der Schutzmann wurde bedroht, er wurde gestoßen, gepufft, zog schließlich blank, der Tumult wurde größer und immer größer und schließlich muß er den Gefangenen zweimal freigeben. Erst als von der nahen Wache Hilfe kam, konnte zur Verhaftung der „Schuldigen" geschritten werden. Wegen Widerstandes, Gefangenenbefreiung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung wurden fünf Angeklagte zu vier Monaten bis zu sechs Monaten Gefängnis und ein Angeklagter wegen Übertretung der Straßenpolizeiordnung zu vier Tagen Haft verurteilt.

Der Verein für Sozialpolitik hält in diesem Jahre seine Generalversammlung vom 30. September bis 2. Oktober in Magdeburg ab. Auf der Tagesordnung steht, den „M. N. N." zufolge, als erster Gegenstand die berufsmäßige Vorbildung der volkswirtschaftlichen Beamten, wofür Geh. Hofrat Professor Dr. Bücher-Leipzig und Handelskammersyndikus Dr. Behrend-Magdeburg referieren. Die beiden anderen Tage werden der Erörterung des in einer umfangreichen Enquete vorbereiteten Themas „Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte" gewidmet sein. Hauptreferent ist Geh. Justizrat Prof. Dr. Loening-Halle a. S.; mit zwei weiteren Referenten sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Den Bock zum Gärtner gemacht haben die Genossen der bayrisch-thüringischen Grenzstadt Nordhalben. Das hat sich anläßlich der Wahl des berühmten Abgeordneten Grandinger, der als katholischer Pfarrer im Wahlkreise Naila von den Liberalen als „Heimatkandidat" präsentiert wurde, ergeben. Bei der Wahl wurden in Nordhalben, einem für uns günstigen Orte, auffallend wenig sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Später wurde berichtet, daß der Kassierer des Sozialdemokratischen Vereins, Simon Wunder, der mit der Abgabe unserer Stimmzettel usw. betraut war, für Grandinger agitiert und selbst den Heimatkandidaten gewählt habe. Dieses Verhalten wurde in der „Fränk. Volkstribüne" entsprechend charakterisiert. Herr Simon Wunder hat nun die Stirne, von dem genannten Parteiblatt die Aufnahme einer Erklärung zu verlangen, in der er unter anderem folgendes bemerkt: „Am Tage vor der Wahl war ich mit mehreren Parteigenossen und dem Führer der Liberalen, Lehrer Köstner, zusammen. Nach stundenlanger ruhiger und sachlicher Auseinandersetzung waren von dem liberalen Agitator die mitanwesenden Parteigenossen für den Heimatkandidaten gewonnen, und die von ihm vorgebrachten Gründe bestimmten auch mich ehrenwörtlich zu erklären, den Heimatkandidaten zu wählen und für ihn einzutreten, ich aber bleibe nach wie vor Sozialdemokrat. Ich sehe nicht ein, warum bei der Aussichtslosigkeit des Seelmann (sozialdemokratischer Kandidat) wir Nordhalbener Arbeiter uns von Verstand und Herz nicht hätten das Eintreten für Grandinger diktieren lassen können." — Aus diesem Briefe geht hervor, daß der Parteiverrat förmlich organisiert wurde. Es hängt zum Glück nicht von diesem seltsamen Vertrauensmann ab, ob er „nach wie vor Sozialdemokrat bleiben wird".

Internationaler Sozialistischer Kongreß, Stuttgart 1907. Es ist dringend erforderlich, daß die Delegierten zum Internationalen Kongreß sich beim Lokalkomitee (J. H. W. Dietz in Stuttgart, Furtbachstraße 12), zwecks Beschaffung von Logis bis zum 15. Juli spätestens anmelden. Wünsche über den Preis der Logis sind mitzuteilen. Jeder Angemeldete erhält eine Bestätigung und später die provisorische Legitimation, auf der seine Wohnung angegeben ist. Dadurch dürfte ein kaum zu bezwingendes Durcheinander in den Ankunftstagen verhindert werden. Für Nichtdelegierte kann eine Unterkunft vom Lokalkomitee nicht beschafft werden. Eintrittskarten zu den Plenarsitzungen des Kongresses werden für das Publikum erst zur Zeit der Tagung ausgegeben. Vorherbestellungen müssen unberücksichtigt bleiben. Stuttgart, 24. Juni 1907. Für das Lokalkomitee: Heinrich Dietz.

Publikationen des Internationalen sozialistischen Bureaus zu Brüssel für den Internationalen Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart. Zum 1. Juli erscheint: „Die „Sozialistische Arbeiter-Internationale". Band I. Berichte der sozialistischen Organisationen der Vereinigten Staaten, Kanadas, Chiles, Boliviens, Argentiniens, Australiens, Frankreichs, Deutschlands, Großbritannies, Italiens, Spaniens, der Schweiz, Bulgariens, Hollands, Böhmens, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Serbiens usw. an den Internationalen Kongreß zu Stuttgart über ihre Tätigkeit seit dem Internationalen Sozialistenkongreß zu Amsterdam. Vorrede von Emile Vandervelde. Der 400—500 Seiten umfassende Band in französischer Sprache kostet 2,50 Franks. Im Juli wird erscheinen: Die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Band II. Berichte der sozialistischen Organisationen Rußlands (Sozialdemokratie, Sozialisten-Revolutionäre, Jüdischer Bund, Lettische Sozialdemokratie, Georgische Sozialisten, Armenische Sozialdemokratie, Polnisch-sozialistische Partei, Sozialdemokratie Finnlands, Sozialdemokratische Partei Polens und Littauens), Österreich-Ungarns, Rumäniens, Japans usw. und einer Schlußbemerkung des Sekretariats des Internationalen Sozialistischen Bureaus. Preis des Bandes (500 Seiten) 2,50 Franks. Zu Beginn des Monats erscheint: Referate und Resolutionsentwürfe der nationalen Organisationen für den Internationalen sozialistischen Kongreß zu Stuttgart, betreffend Militarismus und die internationalen Konflikte, die Kolonialfrage, die Arbeiter-Aus- und Einwanderung, das Frauenwahlrecht, die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften. 250 Seiten in 3 Sprachen. Preis 2 Frks.

Der Peters-Prozeß.

(Erster Verhandlungstag. Nachmittags.)

Generalleutnant Liebert versteigt sich ohne Aufforderung zu folgender Leistung: Heute Vormittag wurden Sittenbilder entrollt, welche dem Ansehen der afrikanischen Kolonie sehr schädlich sind und aus denen die sozialdemokratische Presse Kapital schlagen wird, denn die „Münchener Post" muß doch die Kosten für diesen Prozeß wieder hereinbringen. (Dr. Bernheim: Dagegen muß ich protestieren, ich kann nicht zugeben, daß ein Sachverständiger, der zudem noch Vorsitzender des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist, hier politische Brandreden hält.)

Es wird hierauf mit der Zeugenvernehmung fortgefahren.

Ruederer, Josef, Schriftsteller: Es waren keinerlei politische Momente, sondern nur persönliche Motive maßgebend dafür, daß wir Peters baten, bei uns Vorträge zu halten. Während wir Peters aufforderten, haben wir auch Jaures, den großen französischen Sozialisten, aufgefordert, bei uns zu sprechen. Er lehnte ab, weil er in keinem Verein spreche, der nicht sozialistische Tendenzen verfolge. Ihn zu fördern, war auch nicht unsere Absicht. Peters einzuladen wurde im Juni oder Juli vor. Js. im Neuen Verein beschlossen, Peters kam aber erst einen Tag nach der Reichstagsauflösung.

Georg Fuchs, Schriftsteller und Redakteur, bekundet dasselbe.

Bankier von der Heydt: Ich selbst war nicht in Afrika. Die Bedeutung Peters' als Kolonisator ist gerichtsnotorisch. Er hat Verträge abgeschlossen, auf denen die deutschen Kolonien beruhen.

Auf eine Frage Dr. Rosenthals antwortet von der Heydt: Mit den Postsachen hatte es folgendes Bewandtnis: Dr. Peters hatte eine große Kiste mit Aktenstücken bei meiner Firma deponiert und gab von England aus den Auftrag, die Kiste nach London zu senden. Wir beauftragten damit einen Spediteur. Nach einiger Zeit kam die Meldung, daß die Kiste nicht bei Dr. Peters angekommen sei. Auf Recherchen bei dem Spediteur hin fand sich die Kiste wieder vor und wurde seitens der Polizei mitgeteilt, dieselbe sei in der Wilhelmstraße in Berlin gefunden worden, und da haben wir, glaube ich, in einem Briefe an Dr. Peters der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Kiste von seiten der Polizei beschlagnahmt worden sei, denn sie zeigte leichte Spuren der Eröffnung. Das Speditionshaus gab an, daß die Kiste versehentlich anstatt nach London nach Berlin an ein Geschäftshaus nach der Wilhelmstraße, aber jenseits der Leipzigerstraße, gesandt wurde. Sie blieb dort unbeaufsichtigt in einem Hofe stehen, die Speditionsfirma hat die Polizei verständigt und die Kiste wurde auch von dieser weggenommen. Von diesem Tatbestand wurde Peters Mitteilung gemacht, es kann sein, daß er diesen Brief nicht mehr erhielt.

Vorsitzender: Ist es möglich, daß die Kiste durch Intrigue beiseite geschafft wurde?

Zeuge: Möglich ist es, aber nachdem wir die Auskunft von der Speditionsfirma erhielten, mußten wir uns damit begnügen.

Der Zeuge Wiest bekundet, nachdem er eine Schilderung, wie er zur Wichmannschen Expedition und später zur Schutztruppe nach Dar-es-Salaam und Bagamoyo kam, gegeben hatte: Mit Dr. Peters kam ich im September 1891 in Berührung. An Mabruk kann ich mich nicht erinnern. Wie das Urteil gegen ihn zu stande kam, weiß ich nicht mehr. Ich wurde 1892 von dem verstorbenen Hauptmann von Bülow zu Protokoll vernommen. Wer mir den Auftrag, die Exekution vorzunehmen, gegeben hat weiß ich nicht mehr, ob es Peters war oder Bronsart. Ich hatte Auftrag, ihn aufhängen zu lassen. Mabruk hat vollkommen geschwiegen. Die eigentliche Ursache, warum die Jagodja hingerichtet wurde, weiß ich nicht mehr. Zeuge schildert auch den Zug gegen den Häuptling Malamia.

Zum Schluß bekundet Zeuge noch, er habe niemals etwas davon gehört, daß Mabruk wegen der Jagodja und diese wegen Mabruk hingerichtet wurde. Dr. Bernheim zeigt eine Nilpferdpeitsche und einen Stock vor. Der Zeuge erklärt, mit solchen Instrumenten seien die Züchtigungen vollzogen worden.

Zeuge von Vollmar, Reichs- und Landtagsabgeordneter: Ich habe im Reichstag 1894 und 1895 für meine Fraktion die Aufgabe übernommen, die Kolonialangelegenheit zu behandeln. Bei dieser Arbeit hatte ich mich naturgemäß auch mit der Persönlichkeit Peters und seinem Treiben am Kilimandscharo zu befassen, über das ich damals Mitteilungen erhalten. Zugleich war mir bekannt geworden, daß zu jener Zeit mächtige Einflüsse im Werk waren, ihn wieder in ein höheres Amt nach Ostafrika zu schicken, was ich als gefährlich angesehen habe. Ich habe dann die Sache behandelt und gefordert, daß eine energische Untersuchung eintreten solle. Kolonialdirektor Kayser hat mir erklärt, daß, wenn das, was ich vortrage, sich als richtig erweisen würde, die Reichsregierung allen Grund habe, unwillig zu sein über ein derartiges Verfahren. Ihm oder der Regierung seien Mitteilungen über diese Dinge gemacht worden, aber aus einer nicht lauteren Quelle.

Dr. Peters: Der Zeuge hat wohl nicht gewußt, daß nach seiner Rede im Reichstag auch ich den Wunsch hatte, daß eine energische Untersuchung geführt werde, und das ist auch geschehen.

Zeuge von Vollmar: Ich hatte den Eindruck, daß Kolonialdirektor Kayser über meine Anklage nicht sehr erbaut war.

Der Vorsitzende verliest nun eine Erklärung der ebenfalls wegen Krankheit am Erscheinen verhinderten Frieda Freiin von Bülow zu Protokoll eines Jenenser Rechtsanwaltes, wonach in Ostafrika der Kläger allgemein geehrt und geschätzt werde bei Eingeborenen und Europäern und wonach ihr Bruder ihr niemals Nachteiliges über Peters erzählt habe. Es seien sogar in vielen Wohnungen von Eingeborenen Bilder von Dr. Peters aufgehängt gewesen.

Dr. Rosenthal beantragt, die Zeugin noch kommissarisch unter Eid zu vernehmen.

Das Gericht gibt dem Antrage statt.

Dr. Bernheim ersucht aber auch, die Zeugin darüber zu befragen, ob sie nicht die Geliebte des Dr. Peters gewesen sei.

Justizrat Dr. Koffka-Berlin bekundet: Ich wurde mit der Verteidigung im Disziplinarverfahren beauftragt. Nachdem die erste Instanz gegen unsere Erwartung entschieden hatte, besprach ich mich mit Dr. Peters hierüber, der mir empfahl, mich mit Major von Wißmann ins Benehmen zu setzen. Ich hatte mit diesem dann eine eingehende längere Unterredung, deren Schlußergebnis mir noch lebhaft in Erinnerung ist. Er sagte wörtlich: Ich glaube, wenn ich in einer ähnlichen Situation gewesen wäre, ich ebenso gehandelt hätte wie er. Ich habe mich dann auf das Zeugnis Wißmanns für die zweite Instanz berufen. An einer Reihe von Tatsachen, die er auf Wunsch Dr. Bernheims feststellen soll, vermag sich der Zeuge nicht zu erinnern.

Damit ist die Zeugenliste für den ersten Tag erschöpft. Auf eine Anregung des Vorsitzenden wird das Protokoll über die kommissarische Vernehmung des Fabrikbesitzers Oskar Wolff in Walsrode verlesen. Der Zeuge kann über eigene Erfahrungen und Wahrnehmungen am Kilimandscharo nichts bekunden. Den Leutnant Bronsart von Schellendorf charakterisiert er als einen unzuverlässigen, häufig von der Wahrheit abweichenden Mann, der die Kilimandscharo- — Straußenzucht — Gesellschaft schwer geschädigt habe. Als er sich aus dem Gebiete entfernte, sei gegen Bronsart von Schellendorf von dem deutschen Gericht in Tanga Haftbefehl wegen Sittlichkeitsverbrechen erlassen worden, der noch bestehe. An dem Genannten sei ihm eine geradezu fanatische Gehässigkeit gegen Dr. Peters aufgefallen.

Hierauf wurde die Verhandlung gegen 6½ Uhr bis Mittwoch früh 9 Uhr vertagt.

(Zweiter Verhandlungstag.)

Zeuge Kapitän a. D. Redakteur v. Loßberg-Berlin gibt Auskunft über zwei Unterredungen mit dem Geheimen Legationsrat Hellwig aus früheren Jahren. Bezüglich des Disziplinarurteils habe Hellwig gesagt, die Verurteilung sei nicht erfolgt wegen wissentlich falscher Berichterstattung, und selbst dieser Vorwurf könne sich vielleicht noch anders erklären. Dr. Peters gibt Auskunft über sein Verhältnis zu Leutnant Bronsart v. Schellendorf, der ihm seit dessen Abberufung von der Kilimandscharo-Expedition feindlich gesinnt sei. Ihm sei Bronsart aus verschiedenen Gründen von Anfang an unsympathisch gewesen. Über die Gründe für die Hinrichtung des Negers Mabruk habe er mit Bronsart niemals gesprochen. Dessen Äußerungen darüber seien erlogen. Generalleutnant z. D. v. Liebert erklärt, daß 1897, als er als Gouverneur den Leutnant Bronsart eingeladen hatte, seine sämtlichen Offiziere die Einladung ausschlugen, weil sie nichts mit Bronsart zu tun haben wollten. Letzterer gelte als absolut verlogen; kein Wort sei ihm zu glauben. Oberstabsarzt a. D. Dr. Becker-Berlin äußert sich gleichfalls ungünstig über Bronsart, der leichtsinnig gewesen sei, Schulden gemacht und Schecks auf Banken ausgestellt habe, bei denen er gar kein Guthaben hatte. Der Kunstmaler Kuhnert-Berlin, welcher im Herbst 1891 am Kilimandscharo Dr. Peters kennen lernte, hat der Hinrichtung Mabruks als Zuschauer beigewohnt. Nach seinem Eindruck war die Hinrichtung wohl notwendig wegen der dortigen unsicheren Verhältnisse. Für die Hinrichtung der Negerin Jagodja wurden nur Flucht und Konspiration als Gründe angenommen. Zeuge erklärt, damals habe er über Auspeitschen und Hinrichten vielleicht härter geurteilt, jetzt aber, seitdem er eine neue Reise gemacht habe und die Grausamkeiten der Eingeborenen kennen gelernt habe, urteile er über Dr. Peters gerechter. Er, Kuhnert, würde ebenso streng gehandelt haben; nur durch Strenge könne man die Autorität aufrecht erhalten. Verschiedene Sachverständige bestätigen, daß kein Expeditionsführer ohne gewisse Strafbefugnis auskomme. Die Prügelstrafe sei auch in der Eingeborenen-Truppe in Anwendung gewesen. Früher sei auch das Prügeln von Weibern gestattet gewesen, was jetzt verboten sei. Die Strafen: Hängen, Prügel und Ketten seien in der ganzen arabischen Welt üblich. Unter den Sudanesen und Askaris habe es als ehrenvoll gegolten, die Prügelstrafe ohne Laut oder Klage zu erdulden. Eine bloße Gefangensetzung werde von den Schwarzen nicht als Strafe empfunden. Eingeborene verlangten selbst, daß andere Eingeborene mit Prügeln bestraft würden. Auch Pater Acker erklärt, Schwarze könnten nicht ohne Stock erzogen werden, aber ein Fehler sei oft, daß die Schwarzen nicht wüßten, weshalb sie geprügelt würden. Bei Lügen und Stehlen

müsse man den Stock anwenden. Reichstagsabgeordneter Arendt erklärt, seine früheren Besprechungen mit Kolonialdirektor Dr. Kayser hätten stets einen freundschaftlichen Charakter getragen; niemals habe sich eine Szene ereignet, wie sie Frau Dr. Kayser geschildert habe. Kayser habe nach Abschluß der ersten Untersuchung gegen Peters gewünscht, daß dieser wieder angestellt würde und eine Ordensauszeichnung erhalte. Er habe sich mehrfach dafür verwendet und selbst die Konzepte für das Wiederanstellungsgesuch, welches Peters einreichen sollte, geschrieben. Erst später, nach den Angriffen gegen Peters im Reichstage, habe Kayser seine Meinung geändert und eine Rede gegen Peters gehalten, wogegen er, Arendt, alsbald den Vorwurf der Unwahrheit erhoben habe. Die Fälschung des Tuckerbriefes, wodurch allein der Umschwung in der öffentlichen Meinung hervorgerufen worden sei, sei ein Bubenstück gewesen. Bald werde eine Zeit kommen, daß man nicht mehr verstehen werde, wie man Peters so habe in den Schmutz ziehen können. Er, Zeuge, trete für Peters ein, weil Deutschland diesem die Kolonie Westafrika verdanke und weil nach seiner Überzeugung an Peters ein Justizmord verübt sei. Im Disziplinargerichtshof hätten keine Afrikakenner und Sachverständigen gesessen; der Hauptzeuge gegen Peters, Leutnant a. D. Bronsart v. Schellendorf, sei unglaubwürdig. — Die Wiederaufnahme des Disziplinarverfahrens sei leider durch das Gesetz ausgeschlossen. — Darauf tritt Mittagspause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung bekundet nach verschiedenen Feststellungen über die Auffassung, die Major v. Wißmann und andere über Dr. Peters hatten, Dr. Schröder-Poggelow aus Berlin, daß Kolonialdirektor Kayser in Privatgesprächen oft betont habe, daß die ganze größere Kolonialpolitik auf der Arbeit von Dr. Peters beruhe. Magistratssekretär Wilhelm aus Schöneberg, der im Jahre 1891 als Schutztruppen-Unteroffizier mit Dr. Peters am Kilimandscharo war, gibt eine eingehende Schilderung der dortigen Vorkommnisse und erzählt dabei, ihm sei von schwarzen Soldaten gesagt worden, der Neger Mabruk sei hingerichtet worden sowohl wegen Einbruchs, als wegen Beziehungen zu den Stationsweibern. Auch bezüglich der Negerin Jagodja hätten ihm die schwarzen Soldaten erzählt, daß ihre schwere Kettenstrafe sowohl wegen ihrer Flucht wie auch wegen ihrer Beziehungen zu Mabruk verhängt worden sei. Im übrigen sei die Jagodja auch während ihrer Kettenhaft geschlagen worden. Hierauf habe er Dr. Peters aufmerksam gemacht. Dr. Peters hält dem Zeugen vor, daß dies gleich nach der ersten Prügelstrafe gewesen sei. Rechtsanwalt Rosenthal hält ebenfalls dem Zeugen vor, daß er früher auch in diesem Sinne ausgesagt habe. Zeuge Wilhelm gibt darauf zu, daß er sich dann bezüglich des Zeitpunktes des Schlagens bei seiner heutigen Aussage geirrt habe. Er führt ferner aus, daß sein Verhältnis zu Dr. Peters ein nicht besonders gutes gewesen sei. Als er auf eine Expedition gesandt worden sei, wurde die Jagodja gehenkt. Eine allgemeine Anordnung, daß Kettengefangene wegen eines Fluchtversuchs zu hängen seien, sei ihm nicht bekannt. Er selber sei niemals von der Notwendigkeit der Hinrichtung Mabruks und der Jagodja überzeugt gewesen.

Aus dem Gerichtssaal.

Südwest. Der dritte Senat des Reichsmilitärgerichts hatte sich in seiner letzten Sitzung mit einem Aufruhrprozeß zu befassen. Die Vorgänge, die dem Verfahren zugrunde liegen, haben sich zur Zeit der Unterdrückung des Herbstaufstandes in Südwestafrika abgespielt. Im Anfang des Jahres 1905 wurden die Matrosen Lustig und Negewitz von der 2. Matrosendivision wegen Gehorsamsverweigerung, Beharrens im Ungehorsam und militärisch qualifizierten Aufruhrs vor dem Feinde vor ein Feldkriegsgericht gestellt und abgeurteilt. Lustig wurde damals zum Tode verurteilt. Gegen Negewitz wurde auf eine Gefängnisstrafe von zehn Jahren erkannt. Das Todesurteil kam jedoch nicht zur Vollstreckung; es wurde auf dem Gnadenwege in eine Gefängnisstrafe von 10 Jahren umgewandelt. Auch Negewitz wurde teilweise begnadigt. Sein Strafmaß wurde auf sechs Jahre herabgesetzt. Auf Betreiben der Angehörigen des Negewitz wurde bei dem zweiten Senat des Reichsmilitärgerichts das Wiederaufnahmeverfahren beantragt. Das Reichsmilitärgericht kam jedoch zu dem Beschluß, den Antrag abzulehnen.

Aus Nah und Fern.

Feuersbrunst. Gestern nachmittag brach in Berlin ein großer Brand in dem Viktoria-Speicher genannten Lagerhause in der Köpenickerstraße aus, wo die Berliner Omnibusgesellschaft große Stallungen und Futtervorräte unterhält. Bei der Ankunft der Feuerwehr standen drei Gebäude in Flammen, die bald ein großes Flammenmeer bildeten. Da eine Explosion des in dem Speicher lagernden Benzins befürchtet wurde, wurde nach und nach fast die gesamte Feuerwehr herbeigerufen. Die Gefahr der Explosion scheint beseitigt. Etwa 600 Pferde konnten in Sicherheit gebracht werden. Zwei Menschen, nach anderer Meldung einer, werden vermißt, doch ist nichts Bestimmtes bekannt. Weiter wird gemeldet: Bei dem Brande des Viktoriaspeichers wurden drei große vierstöckige Lagergebäude vollständig eingeäschert. Ein Stallmann und ein Knabe werden vermißt, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß beide bei der großen Verwirrung unbemerkt entkamen. Das Feuer entstand vermutlich beim Abladen von Stroh durch Kurzschluß an dem elektrischen Aufzug. Verbrannt sind große Vorräte an Mais, Hafer, Heu, zwei Automobilomnibusse, viel Geschirr, Einrichtungsgegenstände. Große Benzin- und Spiritusvorräte, der Spirituszentrale gehörig, welche zwei Meter unter der Erde unter Kohlensäureverschlüssen lagern, sind gerettet.

Eine **entsetzliche Brandkatastrophe** hat sich in Berlin auf dem Fabrikgrundstück Wriezenerstraße 33 zugetragen. Der 26jährige Kutscher Wendt und der 20jährige Arbeiter Erdmann hatten von ihren Arbeitgebern den Auftrag erhalten, mehrere Fässer Oel nach der Raetzschen Weberei in der Wriezenerstraße 33 zu transportieren. Als die beiden jungen Leute ein großes Faß Oel nach dem Keller hinunterschaffen wollten, schlug dieses so heftig auf die Steintreppe auf, daß es entzwei ging und da W. und E. unterhalb der Treppe gestanden hatte, ergoß sich die ganze Flüssigkeit über sie hinweg. Unglücklicherweise brannte unmittelbar an der Unfallstelle Gas und hierdurch wurde das Oel entzündet. In wenigen Sekunden standen die beiden Männer in hellen Flammen. Gleich wandelnden Feuersäulen rasten die Aermsten nach dem Hof hinauf. Dort befindet sich ein Bassin mit heißem Wasser, das zu Fabrikzwecken gebraucht wird. In dem Glauben, daß das Wasser kalt sei, sprangen die Beiden in das zwei Meter tiefe Bassin und verschwanden unter dem heißen Wasser. Jetzt eilten Fabrikarbeiter hinzu und holten nach langen Bemühungen die Verunglückten heraus. Die Beiden sahen geradezu entsetzlich aus. Die Kleidung war ihnen vom Leibe heruntergebrannt und der Körper war vollständig verbrannt und verbrüht. In bewußtlosem Zustande wurden sie in das Lazarus-Krankenhaus eingeliefert. An ein Aufkommen der beiden ist nicht zu denken.

Zu Tode geschleift. Aus Dirschau wird gemeldet: Ein vom Felde heimreitender 13jähriger Knabe aus Dirschauerwiesen fiel von dem plötzlich scheuenden Pferde. Er blieb am Steigbügel hängen und wurde zu Tode geschleift.

Neues vom fidelen serbischen Kronprinzen. Wie aus Belgrad gemeldet wird, fuhr Kronprinz Georg in einem Motorboot in die Save, um zu fischen. Als das Boot sich dem ungarischen Ufer näherte, wurden die Insassen von der Finanzwache angerufen, anzuhalten. Der Kronprinz leistete der Aufforderung nicht Folge, worauf die Wache schoß, ohne jedoch das Boot zu treffen. Das Boot entkam.

Schrecklicher Tod. Von einem einfahrenden Güterzuge wurde auf der Station Speicher der Eifelbahn der Stationsvorsteher Böwen erfaßt und vollständig zerrissen.

Wieder einer. In Sankt Ingbert wurden bedeutende Unterschlagungen des Rechtsanwalts Hans Gries entdeckt. Gries entzog sich der ihm drohenden Verhaftung durch die Flucht.

Die Explosion des Registrierballons. Aus Budapest, 24. Juni, wird berichtet: Zur Explosion des Luftballons in Hajdu-Böszörmeny wird gemeldet: Der Gutsbesitzer Siegmund Fekete ist den erlittenen Brandwunden erlegen. Vier Leute vom Gesinde Feketes befinden sich im schwer verletzten Zustand im Spital und ringen mit dem Tode. Der „Pester Lloyd" meldet: Die Behörde konstatierte, daß der Ballon ein sogenannter großer militärischer Luftballon ist, der nur zu besonderen Zwecken verwendet zu werden pflegt. Er dürfte vom Norden gekommen sein, jedoch wahrscheinlich schon in den Karpathen sich seines Korbes entledigt haben. Im inneren Teile fand man ungefähr eine zwei Zentimeter starke Hülle aus Kautschuk, sowie eine äußere Seidenhülle, welcher Umstand darauf schließen läßt, daß man es mit einem Militärballon zu tun habe. Nach der Landung enthielt der Ballon noch immer 200 bis 300 Kubikmeter Gas.

Eisenbahnunglück. Wie aus Rom gemeldet wird, entgleiste in dem Tunnel zwischen Bardonechia und Modena ein Personenzug. Der Zugführer und ein Schaffner wurden getötet und zwei andere Personen wurden verletzt.

9 Personen getötet. Durch den in der Nacht zum Dienstag in New-York erfolgten Einsturz eines Mietshauses wurden 9 Personen getötet und mehrere verletzt. Alle Betroffenen sind Italiener.

Eine schwere Eisenbahnkatastrophe ist, wie schon kurz berichtet, in den Vereinigten Staaten in der Nacht zum 24. Juni auf der Station Hartford im Staate Connecticut erfolgt. Hierzu wird aus London des näheren gemeldet: Ein furchtbarer Zusammenstoß zwischen einem Personenzug auf der Hochlandabteilung der New-York-Newhaven- und Hartford-Eisenbahn mit einem Arbeiterzug fand bei Hartford in Connecticut statt. Der Personenzug fuhr mit voller Geschwindigkeit in das hintere Ende des Arbeiterzuges hinein, wobei elf Arbeiter getötet und 35 verletzt wurden, davon viele schwer. Die Szenen nach dem Zusammenstoß waren schrecklich. Tote und Sterbende lagen auf dem Gleise umher; viele der Opfer waren lebend zwischen den Trümmern eingeklemmt; ihr Stöhnen und Geschrei trieb die Retter zu verzweifelter Anstrengung an. Ein Arbeiter konnte erst nach anderthalb Stunden aus seiner martervollen Lage befreit werden. Ein ausgebrochenes Feuer wurde schnell gelöscht. Die Passagiere in dem Personenzuge kamen ohne ernste Verletzungen davon.

Sieben Arbeiter vom elektrischen Strom getötet. Der „Daily Telegraph" meldet aus New York: In der Nähe der Station Island ereignete sich ein großer Unglücksfall, dem sieben Menschenleben zum Opfer fielen. Augenzeugen schildern das Unglück folgendermaßen: Einige Arbeiter schoben einen großen Dampfkessel, der auf einem Karren aufgeladen war. Plötzlich stürzten sieben Arbeiter zu Boden. Von den Unglücklichen waren vier auf der Stelle tot, während die anderen drei im Laufe des nächsten Vormittags starben. Ein elektrischer Strom von 15 000 Volt, das heißt von einer Spannung, die nie größer ist als jene, welche für die Hinrichtungen mit dem elektrischen Stuhle verwendet wird, hatte die Arbeiter getötet. Der Dampfkessel, den die Arbeiter schoben, hatte eine Höhe von sechs Metern und stieß wahrscheinlich an die kaum 4½ Meter über dem Erdboden laufende Starkstromleitung von der obenerwähnten Spannung an, wodurch die Arbeiter in leitende Berührung mit dem Starkstrom kamen und wie vom Blitze erschlagen wurden. Eine gerichtliche Untersuchung ist im Zuge.

Geistlicher Sauherdenton. Im „Apoldaer Tagblatt" war, wie die „Berl. Volksztg." meldet, über einen Veteranenappell berichtet worden. In dem Bericht war der Archidiakonus Neumaerker erwähnt worden. Und zwar hieß es darin mit Bezug auf ihn:

Während es dem Archidiakonus Herrn Neumaerker nicht möglich war, trotz aller Anstrengungen mit seiner kräftigen Stimme voll durchzudringen, gelang es dem Superintendenten Herrn Rauch schon bedeutend besser. Obwohl der Kommers im Lokal stattfand, ließ sich eben das Gesumme von den Begrüßungen, die immer wieder erfolgten, nicht ganz eindämmen. War der erste Sturm nun vorüber, oder lag es in der Feierlichkeit des Gottesdienstes, genug, die Predigt im Freien war weiterhin vernehmbar als die Ansprache am Abend zuvor. Auch sonst herrschte eine wohltuende Ordnung auf dem Markte.

In diesem Bericht war also weiter nichts hervorgehoben, als daß die stürmischen Begrüßungen der Veteranen untereinander lauter waren als die kräftige Stimme des Herrn Neumaerker. Diese einfache Feststellung, die keinen Tadel des Herrn Neumaerker, sondern eher einen solchen der allzu geräuschvollen Veteranen bedeutete, hat den frommen Herrn dermaßen erbost, daß er sich hinsetzte und an den verantwortlichen Redakteur des „Apoldaer Tageblatts" folgende liebliche Epistel schrieb:

Hotel zum Stern, Jena, den 17. 7. 1907.

An
den verantwortlichen Herrn Redakteur
des Apoldaer Tagblattes.

Soweit ich in dem geradezu infam verdrehten Bericht über den Veteranenappell einen Dank des Apoldaer Tageblatts für seit nun 16 Jahren geleistete bereitwillige Zurverfügungsstellung meiner geistigen Arbeiten (!) erblicken darf, quittiere ich hiermit. Etwas derartig an Erlogenheit und Erstunkenheit die schlichte Wahrheit überbietendes ist noch nicht dagewesen. Ich bitte, mir Ihr Blatt in keiner Nummer mehr ins Haus zu senden; wer dir Wahrheit zwischen „Markt" und „Bürgerverein" derart entstellen, ja umdrehen kann, hat kein Recht mehr, als existierend beachtet zu werden!

Ihrem Berichterstatter über diese Dinge lasse ich, — aus Menschenfreundlichkeit — sagen, daß er sich nicht unterstehe, meine Schwelle wieder zu überschreiten — er verläßt es nicht ohne gebrochene Rippen! So ein Lügner!

Ergebenst
Neumaerker,
Archidiakonus.

„Die „christliche Nächstenliebe", die von den „Dienern am Wort" mit sehr frommem Augenaufschlag gepredigt wird, äußert sich bei manchen Angehörigen der beamteten Theologenzunft in höchst merkwürdiger Weise, meint die „Berl. Volksztg." dazu. „Im vorliegenden Falle werden als sichtbarer Ausdruck dieser Liebe mehrere gebrochene Rippen in Aussicht gestellt. War Herr Diakonus Neumaerker in seinen studentischen Jahren vielleicht Mitglied eines Athletenklubs, so daß er im Rippenzerbrechen noch heute ebensoviel Fertigkeit besitzt wie im Schimpfen?"

Stilblüten aus Schulaufsätzen. Aus einem Aufsatz über die Schäden des Alkohols gibt ein Lehrer folgende großartige Sätze zum besten:

Augenblicklich sitzen viele Leute im Gefängnis, weil sie unter dem Einfluß des Alkohols Selbstmord begingen.

Der Alkohol hat großen Einfluß auf die Entschließungen des Arztes.

Was den Alkohol betrifft, so sagen die Ärzte, daß tödliche Erkrankungen die schlimmsten seien.

Die Ärzte haben festgestellt, daß die hohe Sterblichkeitsziffer des Alkohols das Leben vieler Menschen verkürzt.

Viele Menschen behaupten, der große Mißbrauch alkoholischer Getränke sei richtig, wieder andre nehmen ihn als Medizin.

Der Alkohol ist der größte Feind des Menschen, denn er gibt ihm Kraft zum Arbeiten.

Wer Alkohol trinkt, züchtet eine Natter am Busen, die ihm den Kopf zertreten wird.

Hieran mögen sich noch ein paar andre auserlesene Sätze über verschiedene Themata anschließen:

Zu den größten Freuden des Winters gehört das Schlittschuhlaufen, bei dem man sehr leicht ein Bein brechen kann.

Pharao war so zufrieden mit Joseph, daß er eine Droschke holen ließ, um ihn durch die Stadt zu fahren.

Die Raubritter nährten sich von Bürgern und Kaufleuten, die sie unterwegs fingen.

Aus der Glocke (von Schiller) ersehen wir, daß der Mensch keinen Schritt im Leben tun kann, wenn sie nicht geläutet wird.

Den Schluß soll der Ausspruch einer romantisch angehauchten höheren Tochter über die „Jungfrau von Orleans" bilden: Schiller läßt Johanna in der Schlacht fallen, aber sie starb eigentlich an einer unglücklichen Liebe, denn sie wurde von den Engländern verbrannt, weil sie Lionel nicht lieben durfte.

Stadthallen-Theater.

Um nichts, Schauspiel in 4 Akten von Langenscheidt. Das Stück, vom Autor als Familiendrama bezeichnet, soll jedenfalls eine Anklage gegen den Duellunfug sein, dem oft um nichts ein Menschenleben, das Glück einer Familie, zum Opfer fällt. In dem Drama wird des längeren und breiteren über die Notwendigkeit und Sittlichkeit des Duells raisonniert, ohne daß man den Standpunkt des Verfassers deutlich erkennen kann. „Um nichts" ist sicherlich nichts weniger als ein dramatisches Meisterwerk, aber es interessiert doch. Die letzten Akte sind sogar sehr spannend und aufregend, und deshalb findet das Schauspiel trotz seiner Mängel noch immer ein dankbares Publikum. Die Aufführung am Stadthallentheater, die gestern abend stattfand, war gut vorbereitet und gelang durchweg sehr anerkennenswert. Herr Schütz spielte die Rolle des Majors a. D. Hardegg, mit der er bereits vor Jahren im Stadttheater große Erfolge erzielt hat, lebenswahr und eindrucksvoll. Auch Frau Hohlfeld als seine Gattin schlug warme Herzenstöne an. Eine tüchtige Leistung bot ferner Herr Kugelberg als Fähnrich Kurt. Die übrigen Rollen waren ausreichend besetzt, ebenso hatte die Regie für eine geschmackvolle Ausstattung gesorgt. Der Beifall war sehr stark. P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 26. Juni.

Bauern-Butter Pfd. 1,05—1,10 Mk., Meierei-Butter Pfd. — 1,20 Mk., Hasen —,— Mk., Enten — 2,— Mk., Hühner 1,60—2,00 Mk., Küken Stck. — Mk., Tauben Stck. 0,55 bis 0,60 Mk., Gänse Pfd. — Mk., Flickgans —,— Mk., Schweinskopf Pfd. 0,45 Mk., Schinken Pfd. 0,95—1,05 Mk., Wurst Pfd. 1.25—1,30 Mk., Eier 9 Stck. 60 Pfg., Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk., Heringe 2 10 Pfg., Dorsche genüg, Brachsen Pfd. — Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, d. Kopf 0,30—0,40 Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Zwiebeln, hiesige, 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln, beste, 100 Pfd. 6,00 Mk., Kohl, 100 Pfd. — Mk., Süßwasserfische genügend. Kartoffeln pr. 10 Liter 70—80 Pfd.

Getreidepreise.

Lübeck, 26. Juni.

Weizen, 127—132 Pfd. holl. 201—206 Mk. **Roggen** 118—123 Pfd. holl. 200—205 Mk. **Hafer** nach Qualität 190—198 Mk., hochfein über Notiz. **Gerste,** nach Qualität 170—178 per 1000 Kilo.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 26. Juni.

1. Klasse 405 Drittel zu 108,52 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 29 „ „ 103,09 Mk. „ „

Sternschanz-Viehmarkt

26. Juni.

Der Schweinehandel verlief gut.
Zugeführt wurden 769 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 54 Mk., leichte 55 Mk. Mk., Sauen 45—51 Mk. und Ferkel 50—54 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des Lübecker Volksbote.**